

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark ...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Boll und Reiz' ...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierbreite 20 Pfennig ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 25. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Enteignung der Fürstenvermögen.

Das Eintragungsverfahren für das Volksbegehren - Anordnungen des Preussischen Innenministeriums.

Der preussische Minister des Innern veröffentlicht ...

Zweck des Eintragungsverfahrens.

Nach Zulassung des Volksbegehrens ...

Form der Durchführung.

Der preussische Minister des Innern ...

Stimmkreis, Abstimmungsleiter und Abstimmungsausschuss.

Die Reichstagswahlkreise ...

Die Abstimmungsleiter und ihre Stellvertreter ...

In Stimmkreisen, die einen preussischen Regierungsbezirk ...

Die in Betracht kommenden Oberpräsidenten ...

Eintragungsschein.

Einen Eintragungsschein erhält auf Antrag:

I. Ein Eintragungsberechtigter, der in eine Stimmliste ...

II. Ein Eintragungsberechtigter, der in eine Stimmliste ...

Inhaber von Eintragungsscheinen ...

Allgemeines.

Befehl der von den Gemeindebehörden ...

1923 ergangen und veröffentlichten Kundenerlass ...

Gegen die Erteilung mündlicher Auskunft ...

Auftrufe (Plakate) von Parteien ...

Alle bei der Durchführung des Eintragungsverfahrens ...

Eintragungslisten, Eintragungszeit.

Die Ausrüstung der Gemeinden ...

Die Gemeindebehörden haben unverzüglich ...

Die Eintragungslage und Eintragungslisten ...

In größeren Gemeinden können zur raschen ...

Zulassung zur Eintragung.

Zur Eintragung ist zugelassen, wer ...

Bevor die Unterschrift in die Eintragungsliste ...

Luther und Stresemann nach Genf.

Einmütige Kabinettsauffassung.

Die Reichsregierung ...

Der Reichskanzler Dr. Luther ...

Locarno ratifiziert. Die Foreign Office ...

Englands Wirtschaftsfrage.

Die ökonomischen Auffassungen der Parteien.

Von Arthur Henderson.

Das britische Parlament hat seine neue Session ...

Gegenstand der Diskussion war die Frage ...

Landwirtschaft, Kohle und elektrische Kraft ...

Die konservative Partei, die Hochburg ...

Andererseits beruht der ganze Aufbau ...

Englische Journalisten fanden unlängst ...

Die Politik des Herrn Lloyd George ...

allerdings mehr von Ablehnung als von Zustimmung gehört. Und schließlich ist die Agrarreform nicht der einzige Punkt im Programm der Arbeiterpartei.

Ein derzeit weit dringenderes politisches Problem ist die Frage nach der Zukunft der Kohlen- und elektrischen Industrie. Hier veranlaßt der Zusammenbruch der kapitalistischen Unternehmungsform sogar eine konservative Regierung, die grundsätzliche Frage nach der Organisation und Kontrolle dieser großen Industrie zu untersuchen.

Dah mehr als tausend voneinander getrennte und konkurrierende Unternehmungen in den mehr als dreitausend englischen Kohlengruben in Betrieb sind, hat den Bergbau in einen Zustand des Chaos und des Zusammenbruchs gebracht. Die Grubeneigentümer können weder den Bergarbeitern einen zum Lebensunterhalt ausreichenden Lohn, noch den Konsumenten Kohle zu einem angemessenen Preise versprechen, und die Anziehungskraft dieser Industrie auf die englischen Kapitalisten, die Neigung, ihr Kapital dort zu investieren, ist verschwunden. Im Mai wird die Nation vor der Entscheidung der Frage stehen: Zusammenbruch oder Reorganisation.

In der Zwischenzeit schiebt sich die Industrie auf den Krücken der Staatsunterstützung weiter. Die Grubeneigentümer würden es vorziehen, ohne Staatshilfe auszukommen, jedoch dafür die Arbeitszeit der Bergarbeiter zu verlängern und gleichzeitig den Arbeitslohn herabzusetzen. Ein Kampf auf Leben und Tod mit dem englischen Bergarbeiterverband wäre demnach ihr Beitrag zum ökonomischen Fortschritt und zum industriellen Frieden. Die Regierung muß sich davor hüten, sie zu ermutigen, obwohl sie nur zu gerne die Steuerzahler von der Bürde der Staatsunterstützung befreien möchte. So lange die Industrie unorganisiert ist und die Unterstützung wie Regen vom Himmel fällt, sowohl auf die Unternehmer, die mit Gewinn arbeiten, wie auf solche, die Verluste haben, so lange betrachtet die Arbeiterpartei die Unterstützung als eine bloße Prämie für die Desorganisation und die Unproduktivität.

Der Vorschlag der Arbeiterpartei geht dahin, den Bergbau aus einer kohlenfördernden in eine kohlenverwendende Industrie umzuwandeln. Die Produktion von Kohle soll mit einem weitgehenden, das ganze Land umfassenden Plan für eine den wissenschaftlichen Anforderungen entsprechende Vorbehandlung der Kohle und die Erzeugung elektrischer Kraft verbunden werden. Dieser Plan bezweckt die vollständige Zusammenfassung der Kohlenindustrie, der Kraftversorgung, des Transports und der Erzeugung der Nebenprodukte zu einem einzigen nationalen Produktionszweig unter der Kontrolle einer öffentlichen Körperschaft, die sich aus Fachleuten zusammensetzt.

Der Plan der Liberalen trifft für das öffentliche Eigentum an den Bergregalen und die zwangsmäßige Vereinigung oder Gruppierung der Kohlengruben in großen Gebieten, weiter für ein nationales System der Erzeugung und Verteilung elektrischer Kraft ein, beides in Form privater Unternehmungen.

Die Regierung Baldwin behandelt die Frage der elektrischen Kraft als ein isoliertes Problem und schlägt vor, eine halb öffentlich-rechtliche Körperschaft zu schaffen, die das Recht haben soll, Verbindungen zwischen den großen ökonomisch produzierenden Kraftstationen und den Verteilungsstellen herzustellen und für große Gebiete die bestehenden modernen Stationen und weitere, die erforderlich sein werden, zweckmäßig zu kombinieren. Vor allem handelt es sich darum, eine Anzahl von kleinen Betrieben, die mit übermäßig hohen Kosten produzieren, zu schließen. Das Gemeinsame in allen diesen Vorschlägen ist ein hohes Maß staatlichen Einflusses auf die Unternehmungen von Privatkapitalisten. Die wirtschaftliche Lage und die Propaganda der Arbeiterpartei veranlassen die kapitalistischen Parteien, weitreichende Sozialisierungspläne ins Auge zu fassen und Projekte eines reorganisierten Kapitalismus vorzuschlagen, bei denen die Staatsmaschine bemüht wird, den Willen der kapitalistischen Interessenten zu bezwingen.

Preußen fördert die Bauwirtschaft.

100 Millionen stehen zur Verfügung.

Die preussische Regierung wird in diesen Tagen erhebliche Beträge für die Inangriffnahme der Arbeiten der diesjährigen Bauzeit bewilligen. Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion beschloß sich der Hauptausschuß des Preussischen Landtages mit folgendem Antrage:

Das Staatsministerium wird aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Verminderung der Erwerbslosigkeit zu treffen und zu diesem Zweck im besondern

1. einen namhaften Teil der im Haushaltsplan für 1926 vorgesehenen Mittel für öffentliche Bauten schon jetzt zur Verfügung zu stellen.

2. für die Finanzierung des Wohnungsbaues vorzugsweise einen Betrag von 50.000.000 RM. den Kommunalverbänden zur Verfügung stellen.

Der Hauptausschuß hat sich mit dem Antrag am Sonnabend beschäftigt und einstimmig seine Annahme beschlossen. Er wird nun an einem der nächsten Tage erneut im Plenum beraten werden und hier zweifellos auch zur einstimmigen Annahme kommen. Inzwischen hat nun die Regierung bereits alle Schritte getan, um den Antrag zu erfüllen und folgendes beschlossen:

Im Vorgriff auf den Haushaltsplan für 1926/27 werden den staatlichen Behörden sofort 12 Millionen Reichsmark für Instandsetzungsarbeiten und 13 Millionen Reichsmark für die Fortführung bzw. Inangriffnahme staatlicher Neubauten zur Verfügung gestellt.

Außerdem werden zur Förderung des Wohnungsneubaus als Voranschlag auf die Erträge der Hauszinssteuer den Gemeinden 50 Millionen Reichsmark und den Regierungspräsidenten 25 Millionen Reichsmark sofort zur Verfügung gestellt werden.

Das sind zusammen also 100 Millionen Reichsmark, die der preussische Staat zur Verminderung der Erwerbslosigkeit im Baugewerbe bereitstellt. Hoffentlich wird nun auch für die Vergebung der Bauaufträge bzw. für die Gewährung von Hauszinssteuerhypotheken seitens der in Betracht kommenden staatlichen und kommunalen Behörden alles getan, um dieses Geld beschleunigt der Bauwirtschaft zuzuführen.

Der Landfriedensbruch des Frontbanns.

Die Rädelstörer von Alt-Landsberg.

Wegen der Zusammenstöße am vergangenen Sonntag in Alt-Landsberg wurden, wie wir bereits mitteilten, in der Umgegend Berlins mehrere der Tat verdächtige Personen festgenommen. Gleichfalls erfolgte in Alt-Landsberg die Verhaftung von zwei weiteren Verdächtigen, die nach den Ermittlungen mit den Vorgängen in engstem Zusammenhang stehen mußten. Es fand im Berliner Polizeipräsidium eine Gegenüberstellung der Verhafteten statt. Hierbei wurde als Haupträdelstörer des Frontbann-Mitglied, der 46 Jahre alte Schlosser Franz Sangner aus Lichtberg festgestellt. Als weitere Hauptbeteiligte kommen sein 21jähriger Sohn Kurt, ebenfalls Schlosser, der 33 Jahre alte Kaufmann Karl Neumann und der 24 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Blum aus Rahlsdorf in Frage. Da die Untersuchung noch nicht ganz abgeschlossen ist, sind in Alt-Landsberg noch ein Kommissar und mehrere Kriminalbeamte mit weiteren Ermittlungen dort beschäftigt. Sämtliche Verhaftete sind Mitglieder des berüchtigten Frontbann.

Das Verfahren gegen Ahlemann.

Vernehmungen durch die Kriminalpolizei.

Korrespondenz B. S. teilt mit: Das Verfahren, das von der Staatsanwaltschaft vor einiger Zeit gegen Oberleutnant a. D. Ahlemann wegen der Behauptung Grütze-Dehders über ein geplantes Attentat gegen Minister Severing eingeleitet worden war, hat der polnische Polizei Anlaß zu umfangreichen Vernehmungen gegeben, um diesen Anklagen auf den Grund zu gehen. In den letzten Tagen ist u. a. der Stiefvater Grütze-Dehders, Oberpostsekretär Grütze, gehört worden, der die Darstellung seines Sohnes zu verteidigen scheint, sowie

ferner der Rechtsanwalt Herold, an den sich Grütze-Dehder wegen seiner Verteidigung gewandt hatte, ohne daß jedoch eine Mandatsübernahme zustande kam. Bei den Vernehmungen dieser Zeugen handelte es sich insbesondere um die Erörterung eines Briefes des völkischen Reichstagsabgeordneten v. Graefe-Goldebeck an Rechtsanwalt Herold, und zwar sollte dieses Schreiben nach der Behauptung des Vaters Grütze-Dehders ein Schuldbekenntnis des Herrn v. Graefe in der zur Untersuchung stehenden Angelegenheit enthalten. Wie wir erfahren, hat jedoch Rechtsanwalt Herold diese Behauptung mit dem Hinweis bestritten, daß v. Graefe ihn in diesem Brief lediglich um die Mandatsübernahme für Grütze-Dehder gebeten habe, ohne zu der Sache selbst irgendwelche Stellung zu nehmen. Die Vernehmungen durch die Kriminalpolizei dauern fort, und zwar dürfte in den nächsten Tagen Oberleutnant Ahlemann selbst gehört werden, der bislang sich geweigert hatte, den Beamten der Abteilung I A Rede und Antwort zu stehen und der sich nur der Staatsanwaltschaft gegenüber äußern wollte.

Der preussische Personalabbau.

Annahme des Einstellungsgesetzes im Beamtenausschuß.

Der Beamtenausschuß des Landtags nahm am Mittwoch den Entwurf über die Einstellung des Personalabbaus in Preußen einstimmig an. Die Bestimmungen zur weiteren Verminderung der Personalausgaben in der Staatsverwaltung an. Die Vertreter der Sozialdemokraten hatten ihre Opposition aufgegeben, nachdem der Vertreter des Finanzministeriums die Erklärung abgegeben hatte, die Bestimmungen sollten nicht bedeuten, daß sich der Finanzminister in allen Fällen gegen eine Vermehrung des Personalbedarfs, wenn sie sachlich begründet sei, wenden werde, sondern er belage nur, daß der Finanzminister das Recht der sachlichen Prüfung habe. Es ist anzunehmen, daß das Gesetz Anfang März vom Landtag verabschiedet werden wird.

Die Bedenken der Finanzminister.

Uneinigkeit über das Programm des Reichsfinanzministers

Amlich wird mitgeteilt: Am 24. Februar kamen die Finanzminister und Vertreter der Länder im Reichsfinanzministerium zu einer Besprechung über das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zusammen. Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hob in einer einleitenden Rede die bekannten Hauptpunkte des Programms hervor.

Der preussische Finanzminister sicherte dem Reichsfinanzminister vertrauensvolle Mitarbeit der Länder bei seiner Ausführung zu, eine Erklärung, der sich sämtliche Finanzminister anschlossen.

In der eingehenden sachlichen Aussprache wurden von einigen Ländervertretern wegen des eingeschlagenen Weges im einzelnen Bedenken geäußert, während über das nach dem Programm der Reichsregierung zu erreichende Ziel Einigkeit herrschte.

Die starke Betonung der Einigkeit über das Ziel der Reichsregierung soll den Eindruck der Uneinigkeit über das Programm des Reichsfinanzministers verbergen. Das Steuerabbauprogramm Dr. Reinholds stößt auf Widerstand bei den Finanzministern der Länder. Es wäre für die Öffentlichkeit interessanter, diese Bedenken im einzelnen und ihre Begründung kennen zu lernen, als die Stillsierungslinse der amtlichen Nachrichtenstelle.

Krieg im „Jelien“. Ein polnischer Angriff um das bei drei Tagen von Litauern besetzte Waldstück von Potogaje hatte Erfolg. Die Litauer, von überlegenen polnischen Streitkräften angegriffen, räumten das Geländestück. Hierbei fielen acht Litauer, unter ihnen drei Grenzpolizeibeamte, in polnische Gefangenschaft.

Robert Pinot, der Vizepräsident des Komitees des Forder, einer der markantesten Vertreter der französischen Schwerindustrie, ist am Mittwoch morgen an den Folgen einer Operation gestorben. Pinot war während des Krieges Mitarbeiter des Munitionsministers Albert Thomas.

Aschermittwoch.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Oskar Fried begann sein letztes Sonntagskonzert mit einer noblen Vorführung der Mozartschen Requiem, in der nur das Tempo des letzten Satzes allzu uppig, allzu modern in die Halle schob. Als Erstaufführung brachte er das Cellokonzert Opus 36 Nummer 2 von Hindemith. Dieser junge begabte Musiker arbeitet mit faniensharter Fruchtbareit. Man merkt das leider an der Flüchtigkeit und Belanglosigkeit seiner Einfälle, an der Kontrastlosigkeit, mit der er Gebilde formlos zu Papier bringt. Diese Kammermusik mit obligatem Cello ist kein Meisterstück. Der zweite und vierte Satz enthält zwar Verbeilen und Wichtigkeiten des instrumentalen Klangs, die auch in der Abhängigkeit von Strawinsky noch für den Augenblick reizvoll sind. Wenn das Musikstücken über losgehen soll, wenn Hindemith zeigen könnte, daß er ein Russkantenherz auf dem rechten Fied hat, dann wird er recht banal und läßt sogar Geschmack vermissen. Das gilt sowohl von dem rhapsodischen, belanglosen Anfangsatz, wie von dem dritten, der so etwas wie Klagegefang darstellt. Das ist nicht mehr empfindend, sondern gemachte Papiermusik. Jedes Cellokonzert von Goltzmann oder Grünmayer enthält mehr Gold an Empfindung und mehr Größe, Hindemith wird von seinem zu schnell errückten Thron des Meisters bald herabsteigen müssen, um wieder einen neuen musikalischen Aufstieg zu zeigen. Talent genug hat er. Er sarge, daß seine Karnevalskaune niemals in einer Aschermittwochstimmung für die Zuhörer endet. Er em Kurz bemühte sich um das sehr schwere Werk, das er auswendig spielte, mit Einfach einer großen artistischen Persönlichkeit.

Im der Hochschule für Musik zeigt Prüwer, daß er das Orchester der jungen Leute zu einem wertvollen Faktor des Ensemblespiels erzogen hat. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß es sich bei diesen Spielern um wirkliche Talente auf dem Weg zur Reife handelt, verwunderlich jedoch, wenn man beachtet und weiß, wie schwer sich Eigenbegabungen vom solistischen Handwerk wegdürren lassen zur Gesamtleistung. Werke von Juon und Schreier standen auf dem Programm, und der Pianist Bernste in wurde zu seinem temperamentvollen, raffigen Spiel (Wist's Dies-irae-Variationen) schwungvoll begleitet. In dem gleichen Saal konzertierte die Berliner Liebesfreunde unter ihrem Chormeister Alfred Göpel. Das Programm war einheitlich, fast zu einheitlich. Die Stimmung der vorgetragenen Gedänge hielt eine gleichmäßige Linie. Es ist höchst beachtenswert, wie sicher und frei diese 50 Männer singen, es ist zu loben, daß sie dynamische Effekte herausstreichen und durch den Ausdruck ihres Singens vertragen, wie sehr sie mit dem Vorgetragenen erlebnishaft verbunden sind. Über diese gefühlmäßigen Interpretationen von Liebe, Grab, Frühling, Leid, Freude, Fremdheit und Weh stummen allmählich ab; aus den feilischen Geistes, die uns Benz und Blumen und Rosen und Liebe schaffen, wird zu leicht ein uniformiertes Singen. Die Erziehung eines Chores, wie ihn die Berliner Liebesfreunde auf die Beine stellen, muß auch in der Richtung kontrapunktischer Arbeit geleitet werden. Erst dann wird zu erkennen sein, ob zu der gefunden Niedempfindung eine musikalische Höherentwicklung treten

kann. Man sehe also in jedem Programm zu den Werken von Kreuzer, Hummel, Schubert und Wagner auch einen Messiasch oder ähnliches. Unter den Stimmen fielen ein paar Kontrabässe besonders auf, die allerdings gelegentlich das Melos in den zarten Tenorstimmen zurückließen.

Im Grotrian-Steinweg-Saal soll ein Konzert vor drei Menschen stattgefunden haben. Eine ähnliche Jammerstimmung des leeren Saales beim Konzert von Hans Scheulen und Bruno Stürmer. Wozu solche Konzerte? Warum nicht die Rückkehr zum Hauskonzert? Der Pianist Stürmer erwies sich als ein leidenschaftlicher, trefflicherer Künstler, Hans Scheulen fehlt noch manches zur Vollreife, doch sind die technischen Vorbedingungen für eine gute Entwicklung gegeben. Emmi Leisner bewies im Vortrag der Schumannschen Dichterliebe aufs neue ihre eminenten künstlerische Gestaltungsgabe. Der volle, klangreiche Mi ist geblieben, die Höhe beginnt zu schreien. Das Wesenhafte und innerlich Belebte ihres Vortrags erzeugte auch dieses Ranto.

„Im Namen des Königs!“

Von Theo Hanns.

Unverständlicher Groß lebt heute noch in den Herzen von tausend und aber tausend Volksgenossen, die das Unglück hatten, mit denjenigen Paragrafen des Strafgesetzbuches Bekanntheit zu machen, die eingeführt waren, für den besonderen Schutz der geblügten Personen auf den Thronen und Thronchen im lieben Vaterland zu sorgen.

Die Aburteilungen wegen Beleidigung des Kaisers wurden mit der Länge seiner Regierungszeit immer zahlreicher. Die Presse verzeichnete nur noch Ausnahmefälle. Der gewöhnliche Sünder verschwand lang- und langlos „Im Namen des Königs“ auf Jahre und Monate in die staatlichen Besserungsanstalten, um immer mit verbesserter monarchischer Gesinnung von dort zurückzukehren.

Die Kurve der Majestätsbeleidigungsprozesse ging stetig aufwärts. Und wenn sie wirklich mit ihrem Fortschreiten zu jägern schien, fand die Person, die es am meisten anging, bestimmt eine passende Gelegenheit, frisches Del ins Feuer zu gießen.

Eine Statistik aus den ersten sieben Jahren der Regierung Wilhelms II. zeigt die ständige Zunahme der Verurteilungen wegen Mißachtung der hohen Majestät.

Im Jahre 1880 wurden gezählt	488 Aburteilungen
1890	608
1891	524
1892	625
1893	661
1894	622
1895	508

In sieben Jahren also . . . 3651 Aburteilungen in Sachen Wilhelms II.

Aber es gab auch Zeiten, wo innerhalb zweier Monate 563 Personen wegen Majestätsbeleidigung denunziert und davon 521 zu insgesamt 812 Jahren Gefängnis verurteilt wurden!

Wieviele Unglückliche, Narren und Landstreicher die Gefängnisse während der dreißigjährigen Regierungszeit des letzten Kaisers wegen dieses Deliktes bevölkert haben, läßt sich nur ungefähr bestimmen. Die Annahme, daß die Zahl der Lebensstage Wilhelms nicht die Jahre erreichen werde, die arme Menschen einer Bagatelle wegen aus ihrem Leben haben streichen müssen, dürfte der Wahrheit nahekommen.

Das Schwinden der Autorität des Mannes auf dem Throne konnte auch durch die Unfähigkeit des Staatsanwalts nicht aufgehoben werden. Die Zustände im Kaiserreich wurden immer ähnlicher denen des Römischen Reiches zur Zeit des Niederganges. Kein Mensch war sicher vor einer Denunziation wegen Majestätsbeleidigung. Das Lumpentum mußte erfolgreich die Heimtücke der Paragrafen. Alle Kamellen wurden oft aufgewärmt, um einem mißliebigen Rimenmenschen eine empfindliche Strafe anhängen zu lassen. Es ist bekannt, daß Eltern ihre Kinder und umgekehrt, daß diese ihre Eltern denunzierten! Gerissene Landstreicher aber verschafften sich durch ein paar einfältige Bemerkungen über ihren Landesvater das ersuchte Winterquartier auf Staatskosten.

Das Rechtsgefühl vieler guter Patrioten ging durch die unwürdige Inszenierung dieser Prozesse zum Teufel. Ueber die Majestätsbeleidigungsprozesse der wilhelminischen Zeit sagte einst Bebel im Reichstage: „Unter den Verhältnissen, unter denen heute Majestätsbeleidigungsprozesse zustande kommen, sind sie ein Monument von unserer Zeiten Schande.“ Denkt daran beim Volkstentseid!

„Das Leben für den Jaren“ — ohne Jar. Der Text der berühmten Oper „Das Leben für den Jaren“ von Michael Glinska ist zur Aufführung auf den Sowjettheatern vollständig ungarbeitet worden. Die Oper führt jetzt den Namen „Minin“, nach dem russischen Bürgerhelden dieses Namens, der im 17. Jahrhundert die Erhebung der Russen gegen die siegreich in Rußland eingedrungenen Polen organisierte. Die Musik ist unverändert beibehalten worden. Die große Bolkpartie des Iwan Sussanin, der in dem alten Text der Oper sein Leben für die Rettung des Jaren opfert, ist in dem umgedichteten Text in zwei Partien geteilt. Einen Teil der Arien usw. singt Minin, andere sind einer anderen in der Oper vorkommenden Person zugeteilt. Bis jetzt hat nur in Baku eine Aufführung dieser umgedichteten Oper stattgefunden. Die Presse ist indessen keineswegs begeistert von der neuen Form. Das Bestreben, sie den Verhältnissen anzupassen, wird zwar theoretisch gebilligt, doch ist die Kritik der Meinung, daß die praktische Durchführung des Planes starke Mängel aufweise.

Die Schule Fellerou, die jetzt ihren Sitz in Larenburg bei Wien hat, veranstaltet am 26. im Bildherschul eine Aufführung. Mitwirkende: eine Fellerouer Kindergruppe und Studierende der Schule Fellerou.

Eine Corinthische Erwerbung der Nationalgalerie. Amies der bedeutendsten Bilder der Corinthischen Kunst, das „Trojanische Pferd“, 1624 gemalt, ist in den Besitz der Berliner Nationalgalerie übergegangen. Frau Charlotte Berend-Corinth hat in ihrem und ihrer Kinder Namen dieses Bild, das sie bisher selbst zur Verfügung gestellt hatte, der Galerie zum Geschenk gemacht. Diese Gabe kommt der Nationalgalerie um so willkommener, als sie sich bisher aus Mangel an verfügbaren Mitteln den Wunsch hatte verjagen müssen, das wertvolle Spätwerk des Meisters zu erwerben.

Die Wahlreform.

Die Vorlage des Reichsinnenministers.

Die Vorlage zur Änderung des Wahlsystems ist vom Reichsinnenministerium soweit fertiggestellt, daß nur noch verschiedene untergeordnete Arbeiten an der Vorlage erledigt werden müssen. Auch diese Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die „Soz. Präzedenz“ erfüllt, wenn irgendmöglich, die Vorlage noch vor den Osterferien dem Kabinett zugeleitet werden kann.

In den Grundzügen sieht die Vorlage folgende Systemänderung vor: Es werden Wahlgebiete in der Größe der jetzigen großen Wahlkreise geschaffen. Diese Wahlgebiete zerfallen dann in Stimmkreise; auf jeden Stimmkreis entfallen etwa 250000 Seelen. In jedem der Stimmkreise wird nur ein Kandidat von jeder Partei aufgestellt. Im Wahlgebiet werden dann die Stimmen aller Kandidaten ein und derselben Partei des Gebiets zusammengezählt und etwa durch 60000 oder eine höhere Ziffer geteilt. Die Mandate fallen auf diejenigen Bewerber der Partei, die am besten abgeschnitten haben. Die Reststimmen des Wahlgebiets werden für das ganze Reich zusammengezählt. Es wäre also nur mit einer kleinen Reichliste für die Parteiführer zu rechnen; ferner können Wahlgebiete mit hohen Reststimmen unter Umständen noch mit einem Mandat bedacht werden. Das neue System wäre also ein Verhältnisssystem, aber doch so geartet, daß die politischen Persönlichkeiten mehr hervortreten und von den Wählern wirklich gewählt werden; es will soweit als möglich dem zweifellos starken Bedürfnis der gesamten Wählerschaft, nicht nur Parteien, sondern auch Persönlichkeiten zu wählen, Rechnung tragen.

Wahlbeteiligung bei Männern und Frauen.

Eine amtliche Statistik.

Um die Wahlbeteiligung in den verschiedenen Lebensaltern zu ermitteln, ist von Veranlassung des Reichsministeriums des Innern für die Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 das Material aus vier charakteristischen unteren Verwaltungsbereichen ausgewertet worden, und zwar aus der Stadt Nürnberg, der vormiegend industriellen Hauptmannschaft Borna i. S., dem Landkreis Hanau mit seinen Teilen in der Industrie, teils in der Landwirtschaft tätigen Einwohnern und den überwiegend ländlichen Kreis Lauenburg l. P. Die Wahlberechtigten bis zum 75. Lebensjahre wurden in 15 Altersstufen zu je 5 Jahrgängen, die über 75 Jahre alten zu einer Altersstufe zusammengelegt.

Die Wahlbeteiligung ist bei den Frauen bis auf einen Fall (zweite Altersstufe in Borna) in allen Stufen durchweg geringer als bei den Männern. Sie steigt von 82,9 Proz. der Wahlberechtigten bei den Männern und 80,8 Proz. bei den Frauen in der ersten Altersstufe (20 bis 25 Jahre) allmählich an und erreicht bei den Frauen mit 85,7 Proz. in der fünften Altersstufe (40 bis 45 Jahre), bei den Männern mit 91,4 Proz. in der siebenten Altersstufe (50 bis 55 Jahre) den Höhepunkt. Sie fällt sich bei den Männern bis etwa zur 10. Altersstufe (65 bis 70 Jahre) auf beträchtlicher Höhe (sie ist in dieser Altersstufe zum Teil noch höher als bei den 20 bis 35 jährigen) und fällt erst dann steil ab. Die Wahlbeteiligung der Frauen läßt nach dem 45. Lebensjahre bereits merklich nach, entspricht schon in der achten Stufe (55 bis 60 Jahre) mit 81,8 Proz. etwa der Wahlbeteiligung in der ersten Stufe, fällt dann beträchtlich bis zur 10. Stufe (65 bis 70 Jahre) und sinkt in der letzten Altersstufe mit 58,4 Proz. auf nahezu die Hälfte.

Demokraten für Fürstenenteignung.

Ein Hamburger Beschluß.

Hamburg, 24. Februar. In einer allgemeinen Mitgliederversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Hamburg sprach Reichstagsabgeordneter Johannes Büll über die Abfindungsansprüche der Fürsten. Zum Schluß einer lebhaften Debatte, in der eine Reihe von Rednern die restlose Enteignung der Fürstenvermögen und deshalb den Volksentscheid, während andere Redner Entscheidung durch ein Sondergericht oder durch einfaches Reichsgesetz verlangten, wurde schließlich folgender Antrag fast einstimmig angenommen:

„Für den Fall, daß der ursprünglich demokratische Gesekentwurf bei den Verhandlungen der Koalitionsparteien nicht die entsprechende Berücksichtigung, die er verdient, findet, daß insbesondere die rein politische Entscheidung wieder in die Hände von Berufsjuristen gelegt wird, beschließt die Demokratische Partei Hamburg, sich bei der Reichsleitung der Deutschen Demokratischen Partei für Volksbegehren und Volksentscheid auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten einzusetzen.“

Um die Befriedung Oberschlesiens.

Calonders Aufgaben.

Kattowik, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, empfing am Mittwoch Vertreter der polnischen und deutschen Presse, um seine Auffassung über die Verhaftungen in polnisch-Oberschlesien darzulegen. Er bestätigte die Erklärungen des polnischen Staatsanwalts, nach denen die Strafuntersuchungen sich nicht gegen den Deutschen Volksbund als solchen richten. Der Volksbund sei eine für den Widerstand im Sinne der Genfer Konvention unverletzliche Organisation, die stets in legaler und korrekter Weise ihre Aufgaben erfüllt habe.

Calonder fuhr wörtlich fort: Es wird sich also in Wirklichkeit um Strafverfolgungen handeln, die gegen bestimmte Personen gerichtet sind. Die verhafteten Personen, darunter einige Angehörige des Volksbundes, werden beschuldigt, Verbrechen gegen den polnischen Staat begangen zu haben. Die Beurteilung dieser Strafprozesse ist einzig und allein Sache der zuständigen polnischen Gerichte. Weder die Gemischte Kommission noch ihr Präsident sind kompetent, sich mit dieser Angelegenheit in einem prozeduralen oder beschwerdeverfahren irgendwie zu befassen.

Dagegen besteht ein allgemeines Aufsichtsrecht des Präsidenten der Gemischten Kommission, das sich auf die richtige Ausführung des ganzen Vertrages und auch auf alle Fragen, die das Verhältnis der zwei Vertragsstaaten zu ihren Minderheiten in Oberschlesien betreffen, erstreckt. Es erfolgt auch die gespannte Situation, die durch die strafrechtliche Verfolgung von Minderheitsangehörigen wegen politischer Verbrechen entstehen. Dieses Aufsichtsrecht läßt der Präsident auf diplomatischem Wege ausüben und zwar durch Vermittlung des von einem jeden der beiden Regierungen bei der Gemischten Kommission akkreditierten Vertreters, der den Titel Staatsvertreter trägt. Die dem Artikel 585 entsprechenden diplomatischen Bemühungen zur Befriedung und Befriedung Oberschlesiens geben eine sehr wichtige Aufgabe des Präsidenten, die sich naturgemäß formell und inhaltlich den jeweils auftauchenden Fragen anpassen muß.

Soweit es sich um Angelegenheiten strafrechtlicher Natur handelt, beschränkt sich diese diplomatische Aktion auf Anregungen, welche die Souveränität der Gerichte in keiner Weise antasten. Diese diplomatische Funktion hat der Präsident im Einverständnis mit den übrigen Mitgliedern der Gemischten Kommission in einem früheren ähnlichen Fall, nämlich in dem gegen zahlreiche Angehörige der polnischen Minderheiten Deutsch-Oberschlesiens gerichteten so-

Vorschriften für das Abfindungsgericht

Entscheidungen im Rechtsausschuß.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm gestern bei Beratung des Kompromißgesetzes über die Fürstenabfindung die §§ 4 und 4a in folgender Fassung an:

§ 4. Das Abfindungsgericht stellt, wenn es dies nicht für unerheblich hält oder wenn nicht beide Parteien darauf verzichten, auf Grund von Reichs- und Landesrecht (Gesetzes- oder Gewohnheitsrecht) die Rechts- und Eigentumsverhältnisse fest. Es nimmt die Auseinandersetzung nach Billigkeit unter Berücksichtigung der Vorschriften in § 5 vor.

§ 4a. Das Abfindungsgericht hat zunächst einen gültigen Ausgleich zu versuchen. Im übrigen bestimmt es sein Verfahren nach freiem Ermessen. Er kann Beweise erheben und Gerichte um Rechtshilfe ersuchen. Inwieweit die für die ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 5 enthält nun die Vorschriften, auf Grund deren das Abfindungsgericht zu urteilen hat. Hier entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.)

beantragt, daß vom Abfindungsgericht als Eigentum des Landes im voraus festzustellen und anzuerkennen seien:

1. Alle Vermögensstücke, die von Mitgliedern ehemals regierender Häuser auf Grund von völlerrechtlichen, staatsrechtlichen oder sonstigen öffentlich-rechtlichen Titeln, insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie erworben worden sind.

2. Alle Vermögensstücke, die auf Grund privatrechtlicher Titel erworben worden sind, wenn der Erwerb erfolgte gegen Leistungen, die nur kraft der staatsrechtlichen Stellung der regierenden Häuser bewirkt werden konnten oder wenn der Vorbesitzer das regierte Land oder eine dem regierten Land angehörige öffentliche Körperschaft war, oder wenn der Erwerb erfolgt ist mit Mitteln einer öffentlichen Kasse oder gegen Hergabe von Vermögenswerten, die nach diesen Grundzügen selbst als staatliches Eigentum zu gelten haben würden.

Ein Erwerb mit öffentlichen Mitteln liegt auch vor, wenn die Mittel nur darlehensweise zur Verfügung gestellt und später zurückgezahlt worden sind.

3. Gegenstände, deren Besitz für das Land aus Gründen der Beschichte, der Kultur, der Volksbildung oder Volksgesundheit von Bedeutung ist, ferner Theater und zur ständigen öffentlichen Beschäftigung freigegebene Schlösser, Museen, Sammlungen, Parkanlagen und dergleichen.

4. Land- und Forstbesitz, soweit dieser für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes oder für die Durchführung der staatlichen Aufgaben (Siedlung, Landabgabe und Kleinbauern, Städte-erweiterungen, Schaffung von Erholungsheimen und dergleichen) von Bedeutung ist.

Ferner solle als § 5a eingefügt werden: Soweit nicht nach den Bestimmungen der vorherigen Paragraphen Vermögensstücke Eigentum des Landes werden, ist das Eigentum auf das Land zu übertragen gegen Gewährung einer Rente. Die Höhe der Rente ist zu gewähren unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte: 1. Höhe der freien Vermögen der Familie, 2. Wert des nach § 5a an das Land zu übertragenden Eigentums, 3. Wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes, 4. Rückgang der Lebenshaltung des gesamten deutschen Volkes, 5. Möglichkeit des Uebergangs zu einem bürgerlichen Beruf. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte setzt das Abfindungsgericht für jedes am 9. November 1918 lebende Mitglied eine Rente nach Billigkeit fest.

Abg. Freiherr v. Richthofen (Dem.) betonte, daß er in den Grundzügen dem sozialdemokratischen Antrag nicht ablehnend gegenüberstehe. Er behalte sich aber vor, in der zweiten Lesung einen Vermittlungsantrag einzubringen.

Abg. Dr. Bell (Z.) erklärte, es müsse unbedingt in zweiter Lesung eine unmissverständliche und klare Formulierung gefunden werden, die für das Abfindungsgericht entsprechende Vorschriften darüber festlegt, welche einzelnen Vermögensstücke als Eigentum des Landes oder des Fürstenhauses zu gelten haben.

Abg. Dr. Wunderlich (D. P.) kündigt für die zweite Lesung einen Antrag an, der die Eigentumszuteilung klarer präzisiert.

Nach weiterer ausgedehnter Debatte wurde darauf in erster Lesung der sozialdemokratische Antrag zu § 5 mit dreizehn gegen sieben Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt.

Der Kompromißantrag.

Nach weiterer ausgedehnter Debatte wurde darauf in 1. Lesung angenommen:

1. Bei der Zuteilung der Vermögensstücke ist zu berücksichtigen, ob die einzelnen Vermögensstücke von den Mitgliedern der Fürstenhäuser seinerzeit auf Grund eines Privatrechts-

titels oder insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie, auf sonstige Weise erworben worden sind, namentlich auf Grund des völler-, staats- oder sonstigen öffentlichen Rechts oder gegen Leistungen, die sie nur kraft ihrer Souveränität bewirken konnten.

2. Gegenstände, auf deren Besitz ein Land aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit Wert legen muß, Theater einschließlich Theaterland und zur ständigen öffentlichen Beschäftigung freigegebene Schlösser mit Inventar, Museen, Sammlungen, Archive und Bibliotheken, Parkanlagen und dergleichen erhält das Land auf seinen Antrag in der Regel zum Eigentum.

Ob und inwieweit für solche Gegenstände oder Einrichtungen eine Entschädigung zu gewähren ist, richtet sich nach freiem Ermessen, insbesondere aber danach,

a) ob sie bereits vor der Staatsumwälzung des Jahres 1918 der Öffentlichkeit zugänglich oder nutzbar gemacht waren,

b) ob sie im ganzen oder teilweise veräußert sind oder nicht,

c) ob ein Nutzungswert vorhanden oder wie hoch er ist,

d) ob oder in welchem Umfang mit der Unterhaltung Kosten verbunden sind.

3. Bei der Zuteilung von Land- und Forstbesitz an die vormals regierenden Häuser sind die Größe des Landes und seine staatlichen Notwendigkeiten (Siedlungsmöglichkeiten, Städte-erweiterungen, Schaffung von Erholungsstätten und dergleichen) ausschlaggebend in Betracht zu ziehen.

4. Vermögensstücke der einen Partei sind auf die andere zu übertragen, wenn dies zur Erreichung eines billigen Ausgleichs oder einer billigen Entscheidung erforderlich ist.

5. Bei der Bemessung der den Fürstenhäusern zuzusprechenden Vermögensstücke, Kapitalien oder Renten ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen. Hierbei soll einerseits durch Zuweisung aus der Masse der vorhandenen Vermögenswerte den vormals regierenden Häusern eine würdige Lebenshaltung gewährleistet werden, andererseits aber berücksichtigt werden, daß die allgemeine wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und der Nachkriegszeit eine gegenüber den früheren Verhältnissen sehr wesentlich herabgedrückt ist, und daß die Ausgaben in Bezug gekommen sind, die den vormals regierenden Fürstenhäusern früher dadurch erwachsen sind, daß sie Träger der Staatsgewalt waren.

6. Soweit an Vermögenswerten der vormals regierenden Fürstenhäuser Gebrauch- oder Nutzungrechte an Dritte verliehen oder zugesichert worden sind, sind diese Rechte in geeigneter Weise sicherzustellen.

7. Bei der Aufwertung von Ansprüchen hat das Aufwertungs-gesetz vom 16. Juli 1925 mit der Maßgabe Anwendung zu finden, daß für Ansprüche auf Kapitalabfindungen, die für die Ueberlassung von Gebäuden und Grundstücken an ein Land den früher regierenden Häusern zugestanden sind, die für die Aufwertung von hypothekarisch gesicherten Kaufverträgen maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen auch dann Platz greifen, wenn die Ansprüche auf Kapitalabfindungen hypothekarisch nicht gesichert sind.

8. Den Mitgliedern der vormals regierenden Häuser früher zustehende Zivillisten und ähnliche Renten (Kronrenten, Kronrenten, Kronrentenrenten u. a.) sollen ohne Entschädigung fort.

9. Den Vätern ist aus der vorhandenen Vermögensmasse ein angemessener Ausgleich für die aus der Uebernahme von Versorgungsansprüchen ehemaliger Hofbediensteter entstehenden Lasten zu bewilligen.

§ 6 wurde in folgender Fassung angenommen:

Wenn durch Spruch des Abfindungsgerichts oder in einem vor dem Abfindungsgericht abgeschlossenen Vergleich ein Land zur Zahlung von Kapital oder Renten verpflichtet wird, so ist die empfangsberechtigte Partei

verpflichtet, diese Beträge und ihre Erträge bis zum Ablauf des Jahres 1950 nur für die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse des vormals regierenden Hauses oder zu wohltätigen oder kulturellen Zwecken zu verwenden.

Die Verbringung eines ausgezahlten Kapitals ins Ausland ist nur mit Genehmigung des Landes zulässig. Bei Zuwiderhandlung gegen diese Verpflichtungen kann das Land eine zu zahlende Rente oder ein zu zahlendes Kapital ganz oder teilweise einbehalten oder ein bereits bezahltes Kapital ganz oder teilweise zurückfordern, oder die Verpflichtung zur Zahlung von Renten oder Kapital für erfolgen erklären. Streitigkeiten hierüber entscheidet das Abfindungsgericht.

Der Ausschuß verlegte sich dann auf Donnerstag.

genannten Insurgenten-Strafprozess nach folgenden Gesichtspunkten ausgeübt:

1. Vermeidung unnötiger Verhaftungen unter möglicher Abkürzung der Präventivhaft.

2. Möglichste Beschleunigung des ganzen Verfahrens zu dem Zweck, damit die Angeklagten möglichst bald unter Anklage gestellt oder von der Anklage entbunden werden und daß die Angeklagten möglichst bald von dem zuständigen Richter verurteilt werden können.

3. Unbeschränkte Öffentlichkeit aller Gerichtsverhandlungen, damit die Gründe der Urteile der nationalen und internationalen öffentlichen Meinung voll und ganz zugänglich seien.

4. Rücksichtnahme auf die Familien der Angeklagten und auf die allgemeine Lage der Minderheiten.

Präsident Calonder schloß seine Ausführungen mit einer Mahnung an die Presse, die heftigste Kampfesweise endlich einzustellen. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß er damit in erster Linie die polnischen Heftblätter gemeint hat.

Kompromiß oder Kampf?

Regierung, Kammer und Senat in Frankreich.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden radikal-sozialen Gruppen von Kammer und Senat haben ihre am Dienstagabend erfolglos abgebrochenen Besprechungen am Mittwoch wieder aufgenommen, ohne daß es ihnen gelungen wäre, das Terrain für die angestrebte Verständigung in der Finanzfrage zu finden. Den Stein des Anstoßes bildet nach wie vor die Doumische Zahlungssteuer, die die radikal-soziale Fraktion der Kammer in ihrer gegenwärtigen Form bekämpft, und deren Modifikation Doumer ebenso entschieden ablehnt. Die Situation hat dadurch eine Verschärfung erfahren, und man spricht seit Mittwochabend von der Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Kammermehrheit und Regierung. Ein am Mittwoch morgen in den Wandelgängen der Kammer kolportiertes Gerücht von der Demission des Vorsitzenden und des Berichterstatters der Finanzkommission der Kammer hat bisher eine Bestätigung nicht gefunden. Man schließt daraus, daß die Bemühungen um eine Verständigung noch keineswegs aufgegeben sind. Die sozialistische Partei ist an diesen Verhandlungen in keiner Weise interessiert, nachdem die bürgerliche Linke unter Bruch der getroffenen Vereinbarung die gemeinsame Front verlassen hat.

Im Senat, der am Mittwoch die Diskussion der Finanz-

vorlage begonnen und den Bericht seiner Finanzkommission entgegengenommen hat, kennzeichnete der radikal-soziale Senator Lisbonne mit ungewöhnlicher Schärfe die von dem Senat mit der Wiederaufnahme der von der Kammer abgelehnten Steuer-maßnahmen begangene Verletzung der Verfassung und verlangte, daß der Senat sich auf die Verabschiedung der von der Kammer votierten 1600 Millionen Mehreinnahme beschränke und dieser die Initiative für die Deckung des Defizits überlassen soll. Von einem großen Teil der Linken mit demonstrativem Beifall unterstützt, antwortete Lisbonne dem Ministerpräsidenten Briand und warnte ihn vor den verhängnisvollen Folgen eines endgültigen Bruchs mit den Linksparteien. In beiden Häusern des Parlaments, erklärte er, sei eine genügend große Anzahl wirklicher Republikaner vorhanden, die bereit seien, ihre Pflicht gegenüber dem Lande zu erfüllen. Aufgabe der Regierung sei es, sie zu einer tragfähigen Wehrheit zusammenzuschweißen. Vorläufig sei das noch möglich, morgen vielleicht schon nicht mehr. Die Abstimmung über den Lisbonneschen Antrag wurde bis zum Schluß der Generaldebatte zurückgestellt.

Die Finanzkommission der Kammer trat am Mittwochabend zusammen, um ein Referat ihres Vorsitzenden Maloy über die am Dienstag von ihm mit der Regierung gepflogenen Verhandlungen entgegenzunehmen. Sie hat eine von Maloy vorgeschlagene Entschädigung angenommen, in der sie ihr Bedauern darüber zum Ausdruck bringt, daß die Regierung im Widerspruch mit der Verfassung dem Senat einen anderen Text unterbreitet habe als den von der Kammer angenommenen.

Völkerbundsdebatte im Oberhaus.

London, 24. Februar. (Ill.) Im Oberhaus nahm gestern Biscourt Cecil in Ermüdung des Antrages des Lord Parmoor, der sich gegen die Erweiterung des Völkerbundsrats aussprach, zur Völkerbundstrategie Stellung. Cecil führte aus, das Bestreben anderer Mächte, im Rat einen ständigen Sitz zu erhalten, sei nicht erst mit Deutschlands Besuch um Aufnahme in den Völkerbund entstanden. Jedoch müsse er sich Chamberlains Meinung anschließen, daß über die Vermehrung der ständigen Ansätze besser später beraten werde. Nach Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund sei die Zeit geeigneter, über die Verfassungsänderung des Völkerbundsrates zu sprechen.

Gewerkschaftsbewegung

Freizeit für die Jugendlichen!

Hauptauschuss für Jugendpflege und Leibesübungen.

In der jüngsten Sitzung des Hauptauschusses wurde festgestellt, daß in Preußen von etwa 5 374 360 Jugendlichen ungefähr 2 167 650, also 40 Proz., von der staatlichen bzw. geförderten Jugendpflege betreut werden, während in Berlin von 457 581 Jugendlichen nur 68 710, etwa 15 Proz., der Jugendpflege erfaßt sind. Das erschwerende Moment der Jugendarbeit bildet die völlig unzulängliche Freizeit der Jugendlichen. Hinzu kommt jetzt noch die Arbeitslosigkeit, die dazu führt, daß durch den damit verbundenen Ausfall an Beiträgen viele Jugendgruppen nicht aufrecht erhalten werden können. Aus der Debatte ging hervor, daß den sozialpolitischen Verhältnissen, von denen ja hauptsächlich Grad und Wert der Jugendarbeit mitbestimmt werden, die nötige Aufmerksamkeit zugewandt wird. Die folgende von den Vertretern der freien Gewerkschaften beantragte Entschließung fand im Hauptauschuss einstimmige Annahme:

„Der Hauptauschuss für Jugendpflege und Leibesübungen vertritt erneut die Forderung des Reichsausschusses deutscher Jugendverbände nach einer ausreichenden Freizeit der Jugend und fordert die gesetzliche Durchführung von

- drei Wochen bezahlter Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und
- zwei Wochen bezahlter Ferien für die erwerbstätigen Jugendlichen (einschließlich Lehrlinge) zwischen 16 und 18 Jahren.

Der Hauptauschuss bedauert das Fehlen einer Statistik, die einen Überblick über den der Jugend zurzeit gewährten Urlaub gestattet, und hält aus der praktischen Erfahrung des Hauptauschusses die Notwendigkeit einer solchen Statistik für durchaus erforderlich.

Der Hauptauschuss empfiehlt erneut, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß der Jugend während ihrer Urlaubzeit Gelegenheit gegeben wird, sich körperlich, geistig und seelisch zu erholen, sei es in Einrichtungen, z. B. Jugendheimen usw., oder durch Veranstaltungen (Wanderungen u. a.), die von Verbänden, Städten oder Selbstverwaltungskörpern schon getroffen sind oder von diesen, vom Reich oder von den Ländern noch zu treffen sind.

Die Entschließung ist ein neuer hörbarer Ruf nach Freizeit. Bedauern fand die Tatsache, daß die Statistik noch recht unvollkommen ist. Es fehlt noch immer an einem genaueren Einblick in die Arbeitsmarktlage der Jugendlichen, wie auch eine Uebersicht darüber, welchen Anteil die Jugendlichen in der gesamten Volkswirtschaft darstellen. Hoffentlich findet der Wunsch nach einer besseren Jugendlichenstatistik bei den in Frage kommenden Stellen Gehör.

Das Wohlfahrtsministerium möge bei der Zuleitung von Zuschüssen nicht nur die Zahl sehen, sondern sich nach von anderen Gesichtspunkten bestimmen lassen. Gerade die Ausführungen, aus denen der schwere Kampf und das mühselige Ringen der Jugendverbände um Gewinnung weiterer Jugendlichen ersichtlich sind, mögen dazu beitragen, den für Berlin vorgesehenen Fonds zu vergrößern. Greift auch die Stadt stark ein, so darf Berlin dennoch nicht von den Landesbehörden übersehen werden. Es verdient vielmehr die weitestgehende Unterstützung.

Selbstherrliche Methoden in den städtischen Markthallen.

Wiederholt sind uns Beschwerden der Arbeiter und des Betriebsrates der städtischen Markthallen zugegangen über selbstherrliches Vorgehen und Entscheidungen der Direktion. Dem Leiter der Markthallen, Direktor Morawski, scheint die Einrichtung der Betriebsräte und vor allem der Monteltarifvertrag für die städtischen Arbeiter ein Dorn im Auge zu sein. Neuerdings hat es diesem Herrn der Sommerurlaub der Arbeiter angean.

Seit mehr als 20 Jahren erhalten die städtischen Arbeiter, auch die Markthallenarbeiter, Erholungsurlaub. Der Be-

trieb hat es in diesen 20 Jahren ermöglicht, daß die Urlaubsperiode der Markthallenarbeiter in die Zeit vom 1. April bis 15. Oktober fiel. In dieser Zeit haben sich irgendwie Mängel oder Nachteile für den Betrieb nicht gezeigt. Auf einmal erscheint dem Direktor Morawski das, was bisher war, nicht mehr möglich. Er verfügt einfach, ohne vorher mit dem Betriebsrat Fühlung zu nehmen, daß in den Monaten Juli, August und September Erholungsurlaub nicht mehr gewährt wird. Das bedeutet, daß der Urlaub entweder auf einige Monate zusammenge-drängt wird und dann zweifelsohne erhebliche Schwierigkeiten im Betriebe entstehen, oder der Direktor M. hat die Absicht, den Sommererholungsurlaub der Arbeiter auf den Winter zu verlegen.

Die Belegschaft und die Organisation bestritten dem Direktor nicht das Recht, über seinen eigenen Urlaub frei zu verfügen. Was den Urlaub des Personals der städtischen Markthallen betrifft, so sind Betriebsrat und Organisation dazu geschaffen, um die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen, wie diese es wünscht. Wenn der Direktor das noch nicht begriffen hat, so wird ihm das begreiflich gemacht werden.

Ein tarifsteurer Herr im Hause.

Dem Zentralverband der Fleischer (Verwaltung Berlin) wird und geschrieben: Seit längerer Zeit bemühen wir uns, im Fleischerbetrieb von Paul Hugelmann, Berlin R., Schererstr. 8, für die dort Beschäftigten die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf tariflicher Grundlage zu regeln. Herr Hugelmann, der durch eine tarifliche Regelung seinen Profit geschnitten glaubt, wirkt trotz wiederholtem Hinweis auf sein unsoziales Verhalten furchternd jeden, der schon im Interesse der Arbeitlosen eine tägliche Arbeitszeit von 11 bis 13 Stunden nicht mitmachen will, brutal auf die Strafe. Da des weiteren den dort Beschäftigten zugemutet wird, in einem unheizbaren Raum in Logis zu gehen, ist der Betrieb für organisierte Arbeitnehmer gesperrt.

Jahresversammlung der Stukkateure.

Die Fachgruppe Stuck- und Gipsbau des Bauwerkverbundes hatte am Dienstag im Dresdener Kasino ihre Jahresmitgliederversammlung. Den Jahresbericht gab der Leiter der Fachgruppe Genosse Scheff.

Die Arbeitsmöglichkeit war bis zum November vorigen Jahres leidlich gut, nahm aber dann bis zu einem noch nie gekannten Umfang ab. Im Januar dieses Jahres waren etwa 40 Proz. der Branchenangehörigen erwerbslos. Diese große Arbeitslosigkeit veranlaßt, sich entgegen den Tarifbestimmungen nicht auf dem Nachweis eintragen zu lassen, um nicht wochenlang arbeitslos zu sein. Dies muß entschieden unterbunden werden. Der Redner schilderte dann die Umstände, die zu dem siebenwöchigen Bauarbeiterstreik im Juli geführt haben. Die Stukkateure standen noch eine Woche länger im Kampf, wodurch es ihnen gelang, eine weitere Lohn-erhöhung, als beim Abschluß des Bauarbeiterkampfes vorgesehen war, durchzusetzen. Der Tarifvertrag von 1923 mit Nachtrag von 1924 behielt für das Geschäftsjahr seine Gültigkeit, da er von beiden Parteien nicht gekündigt wurde. Der Redner teilte weiter mit, daß es jetzt endlich gelungen sei, die Unterstützungsdauer für erwerbslose Rabitzpuffer, Spanner und Träger durch Verhandlungen beim Landesarbeitsamt auf 26 Wochen zu verlängern.

Es fanden im Geschäftsjahr 15 Sitzungen der Gruppenleitung, 12 Mitgliederversammlungen, 3 Streikversammlungen und 1 Bauselektorenversammlung statt. Die Mitgliederzunahme beträgt im Laufe des Jahres 227 Personen. Mit einer Aufforderung zu weiterer reger Organisationsarbeit schloß der Redner seinen Bericht.

Nach einer längeren Diskussion, in der an der Tätigkeit der Gruppenleitung eine Kritik nicht geübt werden konnte, wurde die Neuwahl der Gruppenleitung vorgenommen. Mit Ausnahme von zwei nicht wieder kandidierenden Mitgliedern wurde die bisherige Gruppenleitung wiedergewählt.

Hehlerei kein Grund zur fristlosen Entlassung.

Ein Angestellter einer Möbelhandlung hatte einem in diesem Geschäft tätigen Arbeiter, der auch dem Betriebsrat angehörte, Möbel unter dem üblichen Preise verkauft und den Erlös für sich behalten. Außer den ungetreuen Angestellten hat die Firma auch den Arbeiter ohne Zustimmung des Betriebsrats fristlos entlassen mit der Begründung, er habe sich der Hehlerei schuldig gemacht, denn er habe wissen müssen, daß er von dem Angestellten gestohlene Waren gekauft habe. Der Arbeiter bestritt, Hehlerei begangen zu haben. Er ist im Strafverfahren freigesprochen worden und das Gewerbeamt hat seine ohne Zustimmung des Betriebsrats erfolgte Entlassung als unberechtigt anerkannt und ihm die geforderte Weiterzahlung des Lohnes zugesprochen.

Anfolge der von der beklagten Firma eingelegten Berufung hat das Landgericht das Urteil des Gewerbeamts bestätigt mit der Begründung:

„Die gegen den Kläger ausgesprochene fristlose Entlassung ist nach § 96 B.R.G. unwirksam, da ein diese nach § 123 der Gewerbeordnung rechtfertigender Grund nicht gegeben ist. Es konnte hierbei dahingestellt bleiben, ob die von der Beklagten vorgetragene Tatsache, wenn sie erwiesen wäre, den Tatbestand der Hehlerei erfüllen würden. Die gesetzlichen Entlassungsgründe aus wichtigem Grunde für gewerbliche Arbeiter sind, abgesehen von dem hier nicht vorliegenden Fall des § 124 a Gew.-O., im § 123 Gew.-O. erschöpfend aufgezählt. Hehlerei gehört nicht zu ihnen. Ziffer 2 des § 123 Gew.-O. zählt unter den Eigentumsdelikten, die die fristlose Entlassung rechtfertigen, lediglich Diebstahl, Entwendung, Unterschlagung, Betrug auf. Die Hehlerei kann nicht dem Diebstahl analog behandelt werden, sie ist auch nicht die Entwendung der angezogenen Stelle. Entwendung ist vielmehr der Strafbestand des § 370 Ziffer 5 des Strafgesetzbuchs.“

Die italienischen Arbeiter gegen die Faschisten.

Mailand, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Maschinenfabrik Dificina meccanica in Riva fanden die Wahlen zur Fabrikrentenkasse statt. Die Liste der freien Gewerkschaften erhielt die Mehrheit, so daß kein einziger Kandidat der faschistischen Liste gewählt wurde. Das ist der beste Beweis gegen die angebliche Billigung des faschistischen Regimes durch die Arbeiter. Freilich wird das Rossi nicht hindern zu behaupten, er vertrete die große Mehrheit der italienischen Arbeiterkraft. Was aber die italienischen Arbeiter von diesen käuflichen Subjekten denken, das beweist wieder einmal diese Wahl.

Der Minimallohn in Rußland.

In Rußland bestimmt bekanntlich der Staat den Minimallohn. Die Höhe des Minimallohnes wird je für drei Monate vom Volkskommissar der Arbeit festgesetzt. Nach der Verordnung des Volkskommissars vom 14. Januar d. J. („Trud“ vom 27. Januar) ist für Januar/März 1926 die Höhe des Minimallohnes — je nach der Teuerungszone — auf 7 bis 10 Rubel (d. h. 15 bis 21,6 M.) pro Monat festgesetzt.

Deutscher Bauwerkverband, Fachgruppe der Töpfer, heute, Donnerstag, 5 Uhr, Jahresgeneralversammlung bei Reich, Landsberger Str. 31, Jahresbericht, Neuwahlen.

Die Fachgruppenleitung, Verband der Lithographen, Steinbinder und verwandten Berufe, Generalversammlung der Gesamtmitgliedschaft Berlin heute, Donnerstag, 5 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 24/25. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Es ist die Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

Jugendgruppe des A.B.L. heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr: Gruppe Tempel: Wir besetzen gemeinsam die Treppentour Sternstraße (Hilmsstraße). „Freies Volk“. Gruppe Weidling-Gesundbrunnen: Vortrag: „Das Reichstagen und seine Anwendung in Deutschland“. Referent: Ewald. — Morgen, Freitag, 7 1/2 Uhr: Gruppe Osten: Vortrag: „Gewerkschaft und Berufslehre“. Referent: Dr. C. Reichel. Gruppe Südost: Vortrag: „Kulturpolitik“. Referent: Fritz Weigelt. Gruppe Südwest: Vortrag. Gruppe Seebau: Heimabend.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Helmut Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schilowski; Volles und Sonstiges: Fritz Karchelt; Anzeigen: Th. Gleditsch; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornstr. 21/22a G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr. 21/22a Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Das Geheimnis liegt im Rohtabak-Einkauf

Der Weltberühmte
Im 50/26, AN 5

Telegramm. Entschl. Nr. 4400

zuban munich = München.

Deutscher Reichstelegraph

München. 1923

Clavilla

eine million kilo bester xanthi mahala kir zichna

seres drama sarichaban bereitgestellt + ausfuhr.

erschwerungen aufgehoben + preise sehr günstig da

65 % manipulationsspesen gespart und verwendung

für 4 + 5 pfg zigaretten möglich + 150.000 kilo schon

abgefertigt + schlägt gesamte konkurrenz + mehmed +

Lucy
Doraine
53

verbesserte Mischung trotz Steuererhöhung



Die Rehberge im Norden Berlins bieten jetzt einem Teil der Arbeitslosen die ersuchte Gelegenheit, bei den von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Einweihnungsarbeiten für einige Zeit wieder Beschäftigung zu finden. Weist Rat, Straßensarbeiten geschaffen werden sollten, hat man die Beschäftigten mit der wünschenswerten Schnelligkeit zustande gebracht.

Eine Erinnerung an 1848.

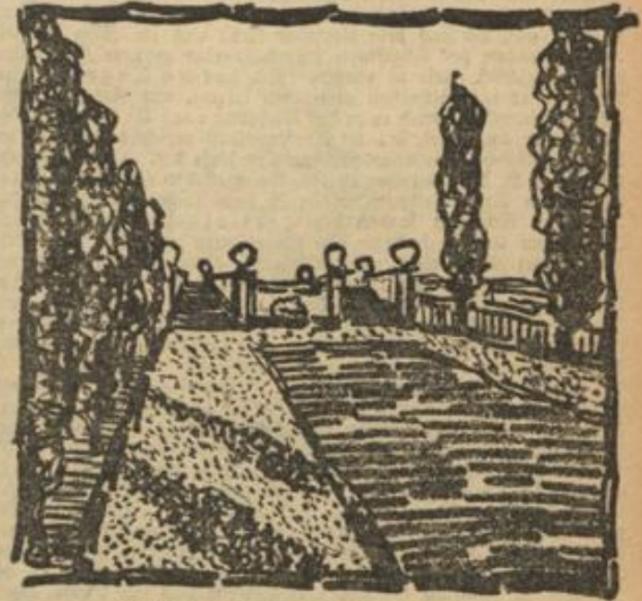
Schon einmal konnte die dünenähnliche Hügelkette der Rehberge in einer Zeit drückenden Arbeitsmangels dazu dienen, Arbeitsgelegenheit zu geben. Schon im Jahre 1848 ließ der Magistrat in den Rehbergen, die damals noch in sehr viel größerer Ausdehnung als heute bestanden, Erdarbeiten ausführen, um die Not der Arbeitslosen etwas zu lindern. In den bewegten Wochen und Monaten, die auf den 18. März 1848 folgten, fiel den Massen der dort beschäftigten Erdarbeiter öfter bei Strohkundgebungen eine ausschlaggebende Rolle zu. Von den Kreisen satter Bürger, die ihre Ruhe haben wollten, wurden den „Rehbergern“, wie der Berliner im abgekürzten Verfahren diese Erdarbeiter nannte, keine freundlichen Empfindungen entgegengebracht. Die Bezeichnung „Rehberger“ war, vom Bürgertum gebraucht, geradezu als Schimpfwort beabsichtigt.

Vor Jahrhunderten mögen die Rehberge dem über seine Mauern nicht weit hinausgedrungenen Berliner als eine ganz stattdige Boden-erhebung gegolten haben. In alter Zeit soll auf der „Höhe“ der Rehberge eine Kirche gestanden haben, die an der Stelle eines früheren Heiligtums der Heiden von den Christen errichtet worden war. Der älteste Weg von Berlin nach Tegel, der durch die Jungfernheide über die Rehberge führte und noch im 17. Jahrhundert „der heilige Biberweg“ hieß, wird mit einem vermuteten Tempel des Wenden-gottes in Verbindung gebracht. Die Rehberge lagen inmitten des großen Waldgebietes, das sich im Norden Berlins ausdehnte und einmal bis zum heutigen Oranienburger Tor gereicht hat. Von der Jungfernheide erstreckten sich die Dünen der Rehberge ostwärts bis über die heutige Müllerstraße hinaus. Im Zuge dieser Straße führte einst der alte „Ruppiner Heerweg“ über die Rehberge durch den Wald. Später wurde die fortschreitende Entwaldung den Rehbergen verhängnisvoll, weil von den bloßgelegten Dünen der Regen die Erde herunterwusch und den trocken gewordenen Sand der Wind entführte. Lange Zeit mußten die Rehberge für die Berliner Hausfrauen den Scheuersand hergeben, den die Sandfuhrleute dort holten und nach Berlin brachten. Auf dem Wedding entstand noch im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts sogar ein Verein selbständiger Sandfuhrleute, die den Rehbergen ihren Broterwerb zu danken hatten. Wenn aber ein ordentlicher Wind von den Reh-

bergen nach Berlin zu blies, brauchte kein Sandfuhrmann seine Pferde anzuspannen, um Sand nach der Stadt zu bringen. Der Wind trug selber den Sand in die Stadt und übersättigte mit ihm den Wedding. In den jetzt zur Einweihung bestimmten Teilen der Rehberge an der Jungfernheide wurde die Entwaldung in neuester Zeit durch die Not der hinter uns liegenden Kriegsjahre nach beschleunigt. Der ohnedies nur noch bescheidene Baumbestand wurde durch Diebstähle ganzer Stämme so arg gelichtet, daß an manchen Stellen völlige Kahlschlag das Ergebnis war.

Neues Leben blüht aus toten Dünen.

Vor dem Kriege trug Hagenbed sich mit dem Plan, dort einen Tierpark anzulegen, aber der Krieg machte einen Strich durch die Rechnung. Jetzt will die Stadt Berlin auf dem zur Jungfernheide gehörenden Gelände eine Spiel- und Sportplatzanlage mit Park-umgebung schaffen. Der östlich der Müllerstraße liegende Teil der Rehberge wurde in den Jahren 1909 bis 1913 mit zum Schillerpark genommen, den die Stadtverwaltung damals auf unfrucht-

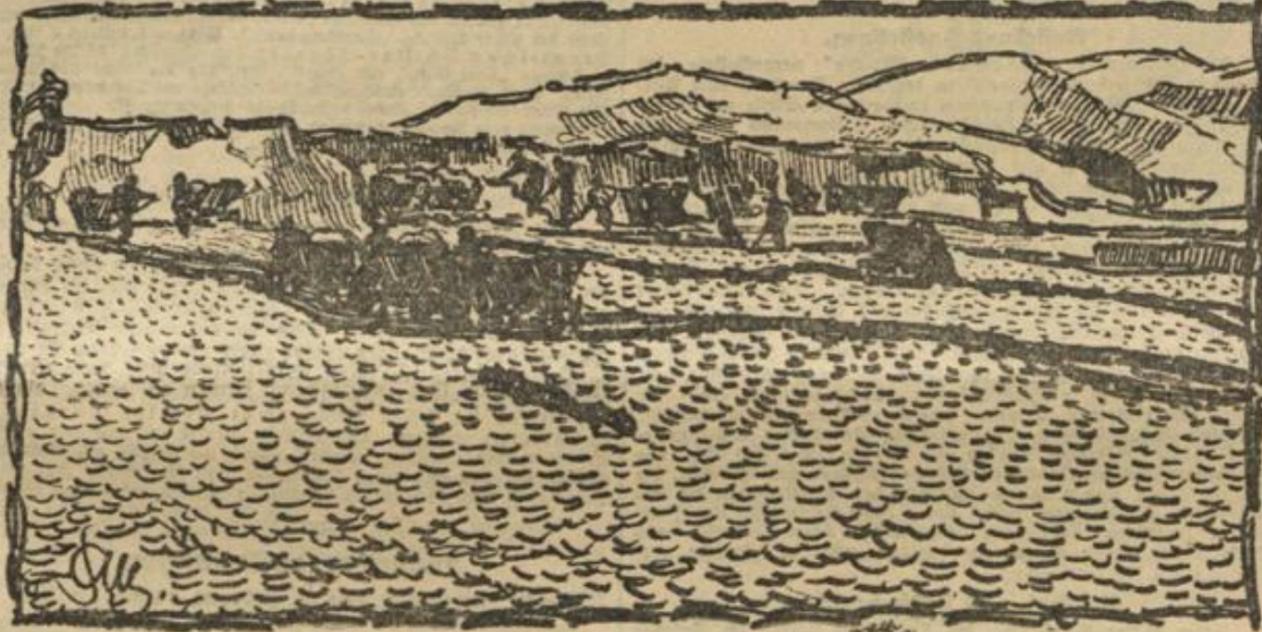


Wie es in Zukunft werden soll.

barem Sandboden entstehen ließ. Zur Verbesserung des Bodens und zur Befestigung der noch nicht weggewehten Dünenreste wurden viele tausend Kubikmeter verrotteten Mülls benutzt, die in der Nähe auf einer Ablagefläche in Jahrzehnten sich angehäuft hatten. Die höchste Erhebung der Rehberge wurde noch mit einer stützenden Steinmauer umgeben, und dori oben entstand der als „Schillerhöhe“ bezeichnete Teil des neuen Parks. Dori wurzelt auch die Schiller-erle, die als junger Baum aus Warbach, dem Geburtsort Schillers, herbeigeht wurde.

Für die in den Schillerpark hineingenommenen Boden-erhebungen ist erst durch ihn der Weiterbestand gesichert worden. Hoffentlich wird man auch in der Jungfernheide bei den Einweihnungen noch genug von den Rehbergen übriglassen, so daß auch dort nicht die letzten Reste von ihnen verschwinden. Im Schillerpark bleibt erhalten, was von den Rehbergen in seinem Gebiet liegt. Und hier werden sie „auftragen“, geschützt und gepflegt bis in fernste Zeiten.

Achtung, Stadtverordnetenfraktion! Heute, Donnerstag, nachmittags 4^{1/2} Uhr, Stadtverordnetenversammlung. Da die zur Beratung stehenden Punkte äußerst wichtig sind, darf kein Mitglied der Fraktion fehlen.



Die Erdarbeiten auf den Rehbergen.

Onkel Moses.

Roman von Schalom Uch.

19]

Onkel Moses nickte seinem Neffen zu, als wollte er ihn beglückwünschen, und, indem er wieder seine Blicke nach allen Seiten warf, rief er:

„Boys, heute ist Sonntag, ein heißer Sonntag, schneidet die Winterhülle zu, schlägt etwas heraus, aber ordentlich! Damit verließ er den Laden; seine großen, glänzenden, gelben Schuhe knarnten.“

Die „Familie“ atmete erleichtert auf, als sie des Onkels Rücken sah. Vorsichtig traten die Leute vor den Laden und sahen, wie sich der Onkel in ein Mietauto setzte, das ihn vor der Tür erwartete. Ein Vächeln erschien auf den Lippen... Alle mußten, wohin der Onkel fuhr, und warfen hämische Seitenblicke auf Sam; sie stießen einander an und flüsterten, indem sie mit den Augen auf Sam deuteten:

„Er hat geglaubt, er würde ihn beerben!“ Einer lachte, die Hand vor dem Munde, und deutete mit der Fußspitze auf Sam.

„Du Narr, er kann doch noch zwölf Kinder haben. Du glaubst, er bringt es nicht fertig? Genau so wie der alte Petritl daheim.“

„Hast du den Nacken gesehen?“ brummte ein anderer. Sam fühlte die Blicke, die ihm folgten, und verstand, was das Nacken bedeutete. Er sah sich um. Sein Blick und sein Gesicht nahmen den Ausdruck des Onkels an. Er sah dem Onkel tatsächlich ähnlich. Scharfe Augen, eine spitze Nase und ein starkes, männliches Kinn. Die Leute erschrakten vor ihm und taten, als sprächen sie vom Geschäft.

Sam spuckte aus und trat vor die Tür, um dem Onkel nachzuschauen, welcher schon lange verschwunden war. Nervös grub er die Zähne in die Lippen, seine Hände ballten sich zu Fäusten und ein Fluch drang durch seine starken, weißen Zähne. Es war in seinem vierzehnten Jahre, da ihn der Onkel nach des Vaters Tode als Waise nach Amerika gebracht hatte. Sam war des Onkels treuer Haushund. Der Onkel verwendete ihn einfach zu allem, hatte ihn zu seinem Leibdiener, zu seinem Spürhund gemacht. Sam hatte bei den Landsleuten, die beim Onkel arbeiteten, spionierte und dem Onkel angegeben, wer von ihnen ihm treu war und wer nicht. Er hatte für den Onkel Dinge ausgeführt, für die er hätte ins Gefängnis kommen und sein Leben lang darin bleiben können; als man die aus der fünften Avenue gestohlenen Waren, die Röcke und die Hosen, fand, auf denen des Onkels Firmenzeichen ausgeätzt war, und die Sam im Keller versteckt hatte — damals hatte Sam alles auf sich ge-

nommen, und mit Mühe und Not war es gelungen, ihn vor Unglück zu bewahren. So oft irgendeine Unannehmlichkeit vorkam, nahm sie Sam auf sich. Als man den Onkel wegen des polnischen Mädchens, das schwanger geworden war, plötzlich zum Attorney des Polizeidistrikts rief, so oft die Sache mit der Frau in dem galizischen Restaurant „geordnet“ und ihr eine Monatsrente gezahlt werden mußte — alle diese Dinge erledigte Sam. Er konnte das Leben für den Onkel wagen und wäre für ihn nicht bloß ins Gefängnis gegangen, wenn es nottat, sondern hätte für ihn auch gemordert. Und all das hatte er getan, weil er hoffte, dereinst Onkels Nachfolger zu werden.

Seine Treue zum Onkel war nicht geheuchelt. Sie entsprang seiner Vergötterung des Mannes, den er sich zum Vorbild, zum Ideal genommen hatte, dem er einst ähnlich sein wollte. In seiner Vergötterung des Onkels und der Treue zu ihm lag die Treue zu sich selbst und seiner eigenen Zukunft, wenn er der „Onkel“ sein würde. Und mit einem Male sollte alles zunichte werden! Der Onkel ging Hochzeit halten, mit dem Fräulein, der Tochter von Aaron „Gorgel“; die hatte ihn nun in der Hand. Und sie wird mit ihm Kinder haben — eines, zwei, drei, alles wird den Kindern zufallen. Sie wird es schon dazu bringen, daß sie Kinder hat, und, wenn es notwendig ist, wird sie ihm ein fremdes Kind unterstehlen, um nur ja zu erben. Sie versteht ihr Geschäft; das sieht man schon jetzt. Allmählich setzt sie in das Geschäft ihre Leute: ihre jüngere Schwester, die ist Buchhalterin; ihren Vater Aaron Reinit, der zu Hause „Gorgel“ hieß, den macht sie zum Kassier, und was sollte nun aus Sam werden? Es kann noch ein Tag kommen, da Sam, des Onkels treuer Sam, vor die Türe gesetzt wird!

Sam gedachte der Gelegenheiten, da er beim Onkel hätte Geld machen können. Sein Better Manes, welcher vor Sams Ankunft des Onkels rechte Hand gewesen war, hatte ihm mehr als einmal geraten:

„Hör, Sam, für morgen laß Gott sorgen; du Sorge für heute. Was du auf der Bank hast, das gehört dir. Alles andere ist — Luft. Du kennst den Onkel nicht. Wenn er alt wird, wird er sich ein junges Mädchen nehmen. Merke dir, was ich dir jetzt sage!“

Sam fielen diese Worte von Manes wieder ein. Manes war älter und erfahrener als er, und er hatte auf seinen Rat nicht gehört. Er hatte sich auf den Onkel verlassen, hatte alles bekommen wollen — jetzt hatte er es!

Am Abend werde ich zu Manes gehen. Er mit seinen Verbindungen bei Advokaten und Tammany-Hall-Richtern wird schon einen Ausweg finden. Der Onkel darf das Schneidermädchen nicht heiraten, er darf sich nicht mit dem

Aaron „Gorgel“ verschwägern, der hier ein großer Herr werden soll. Das wäre für alle ein Unglück; die ganze Kus-miner Sippe ist in Gefahr...“

Sam zögerte, ob er diesen Schritt tun sollte. Seine Treue gegen den Onkel brachte es noch nicht fertig, ihm etwas Böses anzutun. Er vergötterte den Onkel zu sehr, er liebte ihn, und alles, was der Onkel tat, fand seinen Beifall. Sam verstand alles, was der Onkel tat, und war stolz darauf. Sogar des Onkels Absicht, Mascha zu heiraten, hatte ihm gefallen, und wäre es nicht gegen seine eigenen Interessen gegangen, so hätte er wahrscheinlich dem Onkel dabei Hilfe geleistet. Aber Sams Ansprüche an seine Zukunft waren reif geworden, und er war bereits soweit Mann, daß er seine Sentiments opfern konnte:

„Daß ihn die Best, den Alten — er wird Kinder haben!“ das stand ihm vor Augen, wenn er an seine Zukunft dachte.

Hah gegen den Onkel fühlte er nicht. Sein Hah und Zorn richteten sich gegen den jungen Fräulein, gegen Mascha, gegen ihren Vater Aaron Reinit, welche sich in den engen Kreis der Familie hineingestohlen hatten. Sie sah er als Konkurrenten an.

„Man mühte dem Fräulein, der Braut des Onkels, die Frau vom Restaurant schicken, samt den fünf Kindern, die der „Alte“ ihr geschaffen hat. Sie kann sich dann mit dem Fräulein aussprechen. Wird das eine Hochzeit sein, wenn die Frau vom galizischen Restaurant am Hochzeitstage auftaucht! Die Braut wird bereits angekleidet sein, um unter den Baldachin zu treten, und da wird die andere ihre Kinder vor ihr in Reih und Glied aufstellen:“

„Du willst meinen Mann heiraten, den Vater meiner Kinder!“

O, das wird eine Hochzeit sein — in Gedanken kostete der Bursche bereits seine Rache aus.

Und der Onkel? Der Onkel wird im Frack dastehen, das wird ein Standal werden! Sam fühlte einen Augenblick Mitleid mit dem Onkel. Er zauderte, aber bald stand wieder seine eigene Zukunft vor seinen Augen. Er dachte an Rosa, seine eigene Braut, und biß sich auf die Lippen:

„Hol ihn der Teufel; er wird Kinder haben, der Alte!“

Mit diesen Rachegeanken trat er wieder in den Laden. Sein Gesicht nahm die strenge, befehlshaberische Miene an, welche er dem Onkel abgelernt hatte. Sein Kinn wurde breit, und unter der langen, spitzen, starken Nase zogen sich die Falten, vor denen die Landsleute solche Furchen hatten. Und unter der Nase schnarrte er, den Onkel nachmachend:

„Mantel schneiden, so viele es ausgibt, Boys!“

Der Sonntag in Reinit's Geschäft hatte begonnen.

(Fortsetzung folgt.)

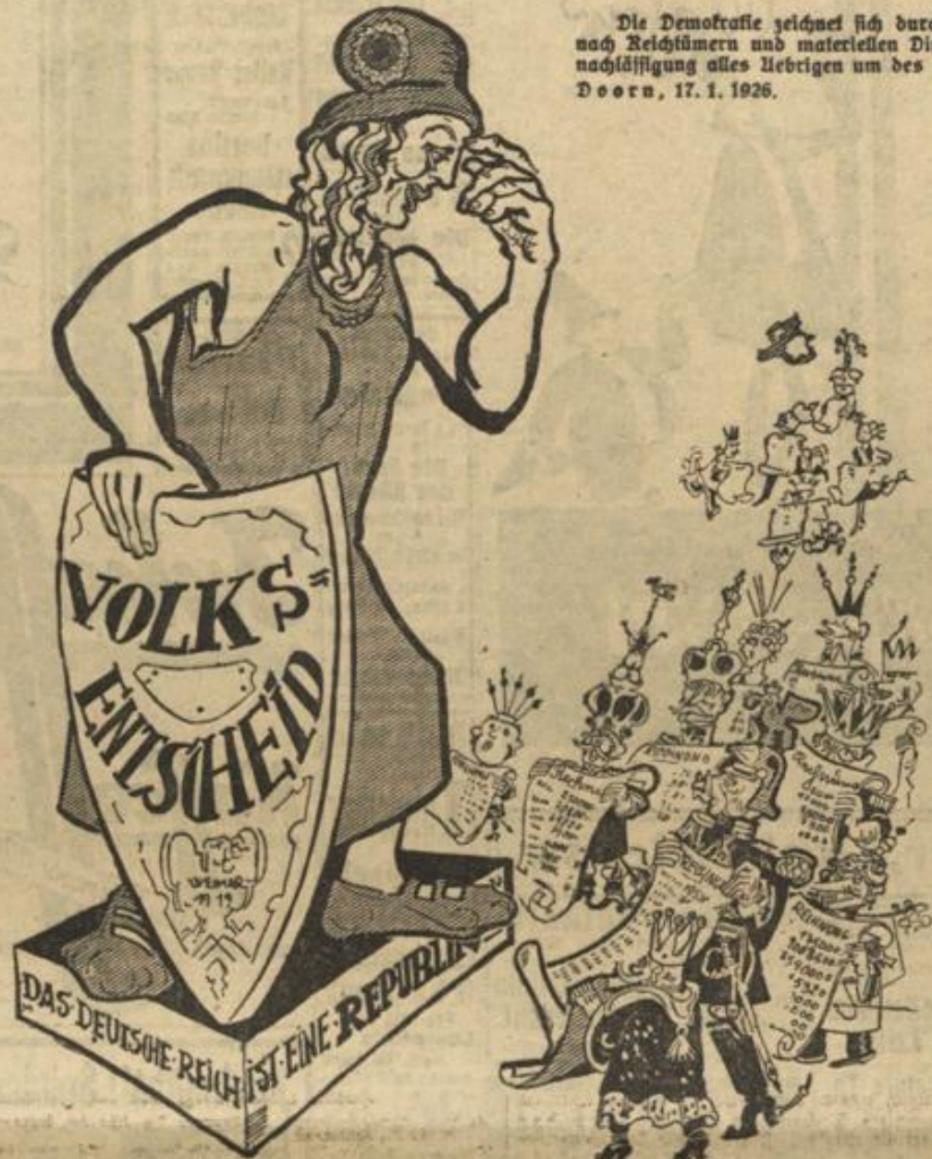
Zwei Freunde.

Von Maxim Gorki.

Uebersetzt von Gertrud Haack.

„Nun und . . . ?“
 „Nun, lange hat er's so getrieben . . .“
 „Und was geht dich das an?“
 Bei der schroffen Frage seines Kameraden rüchte der Pfiffer von ihm weg und antwortete kleinlaut: „Ja, halt ja, es fiel mir gerade ein. Ein Bauer ohne Pferd ist eben erledigt.“
 „Hör, was ich dir sage,“ begann der Schnackler streng und schaute dabei dem Pfiffer scharf in die Augen. „Ist diese Geschichte! Diese Quatscherel hat keinen Sinn. Verstanden? Was geht dich der Gewatter Michail an?“
 „Er tut einem halt leid,“ entgegnete der Pfiffer und suchte die Schultern.
 „Leid? Tun wir denn jemandem leid?“
 „Davon ist keine Rede.“
 „Nun, dann halt's Maul, wir müssen bald gehen.“
 „Bald?“
 „No, freilich.“
 Der Pfiffer rüchte ans Lagerfeuer heran, stocherte mit dem Stock darin, wobei er von der Seite den Schnackler ansah, der sich von neuem über seine Arbeit gemacht hatte, und sagte leise und bettelnd:
 „Komm, wir wollen's lieber sein lassen.“
 „Du bist doch ein niederträchtiger Kerl!“ rief der Schnackler ärgerlich voll Zorn aus.
 „Na, weiß Gott,“ sagte leise und überzeugend der Pfiffer. „Bedenk doch, es ist gefährlich. Hier werst weit wird man sich mit dem Gaul schleppen müssen. Und wenn die Tartaren ihn nicht nehmen, was dann?“
 „Das ist meine Sache.“
 „Wie du willst, aber besser wäre es, wenn wir's laufen ließen. Es ist ja so schon halb tot.“
 Der Schnackler schweig und seine Finger bewegten sich hastiger.
 „Wieviel kriegt man überhaupt dafür im besten Fall?“ fuhr der Pfiffer leise und hartnäckig fort. „Jetzt ist doch so eine gute Zeit zum Klauen. Gleich ist's voll dunkel. Gehen wir doch lieber den Graben entlang, bis wir bei Dubents herauskommen. Daß mal auf, da finden wir was Handliches.“
 Die eintönigen Worte des Pfiffers, die mit dem Klatschen des Bades verschmolzen, schwebten den Hang entlang und ärgerten den geschäftigen Schnackler.
 Er schweig mit zusammengebissenen Zähnen und vor Erregung zerdrachen die Ruten unter seinen Fingern.
 „Jetzt bleichen die Weiber die Linnen.“
 Das Pferd schnaubte und fing an sich zu bewegen. Im Schatten der Nacht sah es noch mißgestalteter und kläglicher aus. Der Schnackler sah es an und spuckte ins Feuer.
 „Das Federvieh ist jetzt auch draußen. Auf den Leichen sind die Gänse.“
 „Hast du dich bald ganz ausgeleckt, du Schweikert?“ fragte während der Schnackler.
 „Im Himmels Willen, ärgere dich nicht über mich, Stephan. Schiden mir's zum Teufel. Komm!“
 „Hast du heute schon was gefressen?“ schrie der Schnackler.
 „Aue, . . .“ antwortete der Pfiffer verwirrt und erschrocken über das Schreien.
 „Nun, dann hat dich der Teufel, verrotzne meinnetwegen. Mir ist's wurscht, was du machst.“
 Der Pfiffer sah ihn schweigend an. Der andere legte die Ruten auf einen Haufen, band sie in ein Bündel zusammen und schnaubte müde. Vom Lagerfeuer fiel ein Lichtschein auf sein Gesicht mit dem struppigen Schnurrbart, das rot und böse war.
 Der Pfiffer hatte sich abgewandt und leuchtete schwer auf.
 „Ich spuck drauf, sag ich dir, mach was du willst,“ begann wieder bösarig und mit heiserer Stimme der Schnackler.
 „No, no,“ machte leise der Pfiffer.
 „Und ich sage dir, wenn du weiter so quengest, tu ich nicht mehr mit. Dann ist's aus, ich kenne dich jetzt. Jawoll!“
 „Ja, komisch ist der Mensch.“
 „Ich will nichts mehr hören!“
 Der Pfiffer krümmte sich und fing an zu husten und als er fertig war, sagte er, schwer nach Atem ringend:
 „Warum red' ich denn? Weil's eine gefährliche Sache ist.“
 „Schon gut!“ schrie aufgebracht der Schnackler.
 Er hob die Ruten auf, worf sie sich auf die Schultern, nahm den halbfertigen Korb unter den Arm und stand auf. Der Pfiffer stand ebenfalls auf, sah seinen Kameraden an und ging mit leisen Schritten zum Pferd.
 „D, la la, o la la, nur keine Angst,“ hörte man seine hohle Stimme im Grund. „Brr, brr, wart's ab! So, jetzt geh, . . . geh zu! Häh, dummes Vieh!“
 Der Schnackler sah zu, wie sein Kamerad sich beim Pferd zu schaffen machte, wie er ihm den Vapp vom Maul abnahm und der Schnurrbart des verwilderten Diebes debte.
 „Au komm!“ sagte er und ging weiter.
 „Ich komme,“ rief der Pfiffer zurück und sie schlugen sich durch die Büsche und gingen den Graben entlang durch die nächtliche Dunkelheit, die ihn bis zum Rand erfüllte. Das Pferd hinter ihnen drein.
 Dann hörten sie das Wasser hinter sich plätschern, daß das Murmeln des Bades verstummt.
 „Sieh, der dumme Kerl, nun ist er im Bache gestolpert,“ sagte der Pfiffer.
 Der Schnackler rohte ärgerlich und schweig.
 In der schwarzen, verschwiegenen Stille des Grundes raschelten leise die Zweige von dorther, wo das rote häusliche Kohle des Lagerfeuers noch am Boden glühte, wie ein riesiges Auge, böse und hämisch. Der Mond ging auf. Sein magischer Schein füllte den Graben mit dunkelblauen Schleiern. Überall fielen Schatten und der Wald erschien dichter und die Stille in ihm noch gewaltiger und drückender. Die weißen Stämme der Birken, versüßert vom Lichte des Mondes, standen wie Wachskerzen vor der dunklen Wand der Wälder, Buchen und Sträucher.
 Die Kameraden gingen schweigend in der Tiefe des Grabens. Das Gehen war beschwerlich, ihre Füße glitten aus und versanken tief im Morast. Der Pfiffer atmete hastig und in seiner Brust pfiff, röchelte und quatschte es, als trüge sie eine alte, rostige Wanduhr in sich. Der Schnackler ging voran. Der Schatten seines langen Körpers fiel auf den Pfiffer.

Die Antwort.



Die Demokratie zeichnet sich durch unerfüllliche Gier nach Reichtümern und materiellen Dingen aus unter Vernachlässigung alles Uebrigem um des Geldes willen.
 Doorn, 17. 1. 1926. Wilhelm I. R.

Sieh an, da kommt das ganze Throngewächs
 Mit der quittierten Rechnung angeflunkert.
 Natürlich vorneweg Wilhelmus Rex,
 Der mich erst neulich wieder angeflunkert. —

Und wenn ihr noch so mit dem Säbel rasselst,
 Hier hilft kein Sonder-, nur ein Volksgericht!
 Jetzt wird gehandelt und nicht mehr gequasselt!
 So dumm, wie ihr ausseht, bin ich doch nicht.

„Da soll man gehen,“ fing er plötzlich beleidigt brummend an, „aber wohin gehen, was suchen, du liebe Zeit!“
 Der Pfiffer leuchtete und schweig.
 „Zudem ist die Nacht kürzer als ein Sperlingschnabel. Wir kommen ins Dorf, wenn's schon hell ist. Und wie gehen wir denn? Wie die Herrschaften spazieren wir daher.“
 „Es fällt mir schwer, mein Ueber,“ sagte leise der Pfiffer.
 „Schwer?“ rief spottend der Schnackler. „Siehst du, und warum?“
 „Das Atmen fällt mir so schwer,“ antwortete der franke Dieb.
 „Das Atmen? Und warum fällt es dir schwer zu atmen?“
 „Von der Krankheit, meine ich.“
 „Du lägst, das kommt von deiner Dummheit!“
 Der Schnackler blieb stehen und wandte sich zum Gesicht des Kameraden und indem er mit dem Finger um dessen Nase suchte, fügte er hinzu:
 „Vor lauter Dummheit kannst du nicht schnaufen, verstanden!“
 Der Pfiffer ließ tief den Kopf sinken und sagte schuldbehaftet:
 „Ja, so ist's.“
 Er wollte noch mehr sagen, mußte aber husten. Mit zitternden Händen stützte er sich auf einen Baumstumpf und hustete lange, wobei er mit den Füßen auf einer Stelle stampfte und mit zurückgeworfenem Kopf den Mund weit aufsperrte.
 Der Schnackler betrachtete gespannt sein Gesicht, das eingefallen, sah und grünlich im Mondlicht ausah.
 „Alle Geister weckst du im Wald,“ sagte er endlich finster.
 Und als der Pfiffer sich ausgehustet hatte, den Kopf hob und wieder frei atmete, sagte er befehlend:
 „Ruh aus, wir wollen uns hinsetzen.“
 Sie legten sich auf die feuchte Erde in den Schatten eines Strauches. Der Schnackler drehte sich eine Zigarette, rauchte sie an und indem er in die Glut sah, sagte er:
 „Wenn wir dahel etwas zu essen hätten, könnten wir umkehren und nach Haus gehen.“
 „Das ist richtig,“ nickte mit dem Kopf der Pfiffer.
 Der Schnackler sah ihn von der Seite an und fuhr fort:
 „Aber da wir dahel nichts haben, müssen wir weiter.“
 „Ja, wir müssen wohl,“ leuchtete der Pfiffer.
 „Aber wir können auch nirgendwo hingehen, denn es hat doch keinen Zweck. Wir sind dumm, daran liegt's, wir sind laubdumm!“
 Die trockene Stimme des Schnackler durchschnitt die Luft und schien eine große Unruhe im Pfiffer wachzurufen. Er stocherte in der Erde, stöhnte und tarrte eigentümlich.
 „Aber freilich möcht ich schrecklich,“ endete der Schnackler beharrlich seine vorwurfsvollen Worte. (Schluß folgt.)

Physikalische Geseßlichkeit.

Ueber dieses Thema sprach der berühmte Berliner Physiker Max Planck im Auditorium maximum (größter Hörsaal) der Universität vor einem überaus zahlreichen Publikum.
 Die Geseßlichkeit, die Regelmäßigkeit der Aufeinanderfolge physikalischer Vorgänge ist eine Annahme, die wir machen müssen, wenn wir nicht überhaupt auf eine Wissenschaft von der Natur verzichten wollen oder, wie es Helmholtz einmal ausgedrückt hat, die Begreiflichkeit der Naturvorgänge ist die Voraussetzung dafür, daß wir sie zu begreifen suchen. Bei dem Aufsuchen physikalischer Geseße handelt es sich immer darum, einen Zusammenhang zwischen meßbaren Größen aufzufinden, und deshalb ist der Fortschritt der Physik aufs engste mit dem Fortschritt der Rechnerkunst, der Vervollkommnung und Verfeinerung der Instrumente verknüpft. Die Vorgänge in der Natur sind zweifacher Art, sie sind entweder umkehrbar oder nicht umkehrbar; Beispiele der ersteren sind die meisten Bewegungen, ein zur Erde fallender Körper gewinnt dabei Geschwindigkeit, durch die er wieder in die Höhe steigen kann, wie es bei einem schwingenden Pendel ja auch tatsächlich geschieht; Beispiele der letzteren sind Reibung und Wärmeleitung, wenn die Temperatur zweier Körper sich ausgeglichen hat, gibt es eine Strömung, die zu neuer Ungleichheit der Temperaturen führt, nicht. Diese Zweifaltigkeit der Naturvorgänge spricht sich auch in den Formeln, durch welche die physikalischen Geseße dargestellt werden, deutlich aus. Um aber zu einem einheitlichen Weltbild zu gelangen, müssen auch die Naturvorgänge einheitlich aufgefaßt, die Geseße der einen Art auf die der andern zurückgeführt werden. Das kann geschehen, indem die Geseße der nicht umkehrbaren Vorgänge als statistische aufgefaßt werden, die nur als Durchschnitt vieler Einzelfälle, also nur im groben, gelten, während im feinen, bei den Einzelfällen, Abweichungen von ihnen vorkommen. Man muß also annehmen, daß im Geseßen der Moleküle und Atome die strenge kausale Geseßmäßigkeit der umkehrbaren Vorgänge herrscht. Die Temperatur z. B. drückt sich durch die Energie der Bewegung der Moleküle aus; herrscht nun in einer Flüssigkeit gleichmäßige Temperatur, so ist die durchschnittliche Geschwindigkeit der Moleküle wohl anzugeben, keineswegs aber haben alle Moleküle im einzelnen die gleiche Geschwindigkeit. Für die Zusammenhänge und Bewegungen dieser kleinsten Teilchen müssen wir die kausale Geseßmäßigkeit der umkehrbaren Vorgänge annehmen.
 Zum Schluß ging Planck auf den gegenwärtigen Zustand der Physik ein, die sich in einer Sturm- und Drangperiode befindet, in der allgewohnte Anschauungen verlassen werden müssen, weil sie mit den Tatsachen der Erfahrung nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Gefenngzeichnet wird diese Periode vor allem durch die Relativitätstheorie und die Quantentheorie. Die erstere, die, wie P. ausdrücklich hervorhob, bisher mit keiner Erfahrungstatsache in Widerspruch steht, kann sehr wohl der klassischen Physik zugerechnet werden, denn sie bedeutet einen vollendeten Ausbau derselben, der ihre Geseße klar und durchsichtig gestaltet, die Erhaltungsgeseße in schöner Symmetrie aus dem Prinzip der kleinsten Wirkung ableitet, diesem umfassendsten Geseße der Physik. Im Gegensatz dazu bedeutet die Quantentheorie einen Bruch mit der klassischen Physik, ohne daß es bisher allerdings gelungen ist, sie auf allen Gebieten zu verdrängen und zu erlegen. Entstanden ist die Quantentheorie auf einem bestimmten Gebiet, dem der Wärmeabstrahlung, und sie hat sich dann auch bei einer ganzen Reihe anderer Fragen bewährt. Aber auf manchen Gebieten ist ihr die klassische Physik überlegen geblieben, vor allem bei der Erklärung der Interferenzerscheinungen. W.

Erziehung im akademischen Hörsaal. In einem kalifornischen Kolleg haben zwei Studenten es unternommen, ihre weiblichen Kommilitonen zu erziehen. Die Studentinnen hatten die Gewohnheit angenommen, sich während der Vorlesungen mit Puder und Schminke für der Schönheitspflege hinzugeben. Die beiden Studenten pflanzten Seifenapp und Spiegel vor sich auf und rasierten sich in aller Gemütsruhe.

Elektrizität für Kleinabnehmer.

Erfahrungen mit dem Berliner Grundgebührentarif.

Es ist eine Grundforderung der Sozialdemokratie, daß die sog. Regiebetriebe, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. im Besitze der öffentlichen Körperschaften sich befinden sollen. Die Übernahme durch die öffentliche Hand genügt aber nicht allein. Die öffentlichen Betriebe müssen auch auf der Höhe der Leistungsfähigkeit sich befinden, d. h. sie müssen die Wirtschaft und die Bevölkerung mit ihren Erzeugnissen oder Dienstleistungen gut und billig versorgen. Erst durch tatsächliche überlegene Leistungen, nicht durch die bloße Verstaatlichung oder Kommunalisierung bekommt die sozialistische Wirtschaftsidee ihren praktischen Sinn. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Berliner städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, so wird man feststellen können, daß sie in jeder Beziehung auf der Höhe ihrer Aufgabe sich befinden.

Die Zunahme des Kleinverbrauchs.

Die stärkste Entwicklung von allen Berliner städtischen Unternehmungen weisen die Elektrizitätswerke auf. Die verkaufte Energiemenge stieg sich im Jahre 1925 auf 662 Millionen Kilowattstunden gegenüber 459 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1924. Das bedeutet einen Zuwachs von 44 Proz., ein Wachstum, das alles übertraffen hat, was selbst die erfahrensten Elektrizitätswirtschaftler sich vorgestellt haben und das höchstens in gewissen amerikanischen Elektrizitätsunternehmungen eine Parallele findet. Das Interessante an dieser Entwicklung aber ist, daß sie überwiegend den Kleinabnehmern zuzuschreiben ist, unter denen wiederum das Proletariat einen wesentlichen Bestandteil bildet. Im Jahre 1925 sind rund 65 000 Kleinabnehmer neu an die Elektrizitätswerke angeschlossen worden. Unter diesen befinden sich viele Kleingewerbetreibende, wie Handwerker, Ladengeschäfte, Friseur, Restaurateure usw., es sind darunter aber auch zahlreiche Wohnungen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Kleinrentnern und dergleichen. Gerade die proletarischen Stadtviertel zeigen die stärkste Vermehrung im Elektrizitätsverbrauch, ein Beweis, daß die elektrische Energie, bisher nur ein Luxusgegenstand der besitzenden Klassen, jetzt auch den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung erreichbar geworden ist. Das ist die Wirkung des billigen Grundgebührentarifs.

Noch eine andere erfreuliche Erscheinung, die ebenfalls durch den Grundgebührentarif verursacht ist, haben die Elektrizitätswerke im letzten Jahre zu verzeichnen. Es ist die bedeutend

Stärkere Ausnutzung der vorhandenen Betriebsanlagen

im Jahre 1925 gegenüber dem Vorjahre. In der elektrotechnischen Fachsprache ausgedrückt, heißt das: die Benutzungsdauer der Anlagen ist gestiegen. Dies ist ein Umstand von grundlegender Wichtigkeit für die Wirtschaftlichkeit des Elektrizitätsunternehmens. Da nämlich die elektrische Energie, im Gegensatz zum Gas wie zum Wasser, nicht speicherfähig ist — Akkumulatorenbatterien sind immer nur ein unwirtschaftlicher Notbehelf —, so muß die Anlage stets auf eine Leistungsfähigkeit eingerichtet werden, wie es dem voraussichtlichen Höchstbedarf des Jahres entspricht. Es muß also auch ein dem Höchstbedarf entsprechendes Anlagekapital aufgewandt werden. Nachdem dieses aber einmal investiert ist, haben die Elektrizitätswerke das größte Interesse, es auch so viele Stunden hindurch als möglich auszunutzen. Denn das Anlagekapital erfordert einen bestimmten Kapitaldienst, bestehend aus Verzinsung, Tilgung und Abschreibungen. Wird die vorhandene Anlage nun mehr und mehr Stunden im Jahre ausgenutzt, d. h. wird mehr und mehr elektrische Energie erzeugt, so verteilt sich der Kapitaldienst auf mehr und mehr Kilowattstunden, oder mit anderen Worten: der auf die einzelne Kilowattstunde entfallende Anteil an Kapitaldienst wird immer kleiner. Die Kilowattstunde wird immer billiger. Zahlenmäßig stellen sich diese bei den Berliner städtischen Elektrizitätswerken folgendermaßen:

Großer Umsatz — Keiner Nutzen.

Die Werke hatten im Jahre 1925 eine eigene Höchstleistung, ohne den Bezug von Fremdstrom, von fast genau 200 000 Kilowatt. Diese Leistung wurde im Jahre 1925 rund 830 Stunden länger ausgenutzt, als dies im Jahre 1924 mit der damaligen Höchstleistung der Fall war. Die eigenen Werke erzeugten also 200 000 Kilowatt mal 830 Stunden gleich rund 170 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1925 mehr, als sie hätten tun können, wenn die Benutzungsdauer nicht gestiegen wäre, sondern auf dem niedrigen Niveau des Jahres 1924 stehen geblieben wäre. Diese 170 Millionen Kilowattstunden mehr sind produziert worden, ohne daß für sie ein zusätzlicher Aufwand an Kapital oder an Personal erforderlich wurde. Sie sind nur mit den direkten Betriebskosten (Kohlen, Öl usw.) belastet und bedeuten somit eine wesentliche Verbesserung des wirtschaftlichen Ergebnisses und damit auch des finanziellen Ertrages der Elektrizitätswerke. Die Verbesserung aber rührt allein her von den Kleinabnehmern, deren verstärkte Stromentnahme durch den billigen Grundgebührentarif ermöglicht wurde. So zeigt sich das Wort „Großer Umsatz — Keiner Nutzen“ auch hier in Gültigkeit, nur gewandelt entsprechend den wirtschaftlichen Gegebenheiten, die für das Elektrizitätswesen maßgebend sind.

Die Berliner Elektrizitätswerke sind noch in stärkster Entwicklung begriffen. In diesem Jahre wird das Großkraftwerk Rummsburg gebaut, wird der Ausbau der 30 000 Volt-Kabelanlage weiter gefördert, werden die Nieder- und Hochspannungsverteilungsnetze erweitert, werden Teile des Gleichstromnetzes in Drehstrom umgebaut, wird an der Vereinheitlichung der Gebrauchsspannung weiter gearbeitet usw. Die Erweiterungen und Erweiterungen der Betriebsanlagen hätten niemals in einem Jahre einen so großen Umfang und ein so stürmisches Tempo angenommen, wenn nicht die technische Entwicklung der Werke infolge des Krieges und der Inflation fast ein ganzes

Jahrzehnt lang unterbrochen gewesen wäre. Kleine Kapitalbeträge sind für die Bauten des Jahres 1926 erforderlich. Einen Beitrag werden diese Kapitalien erst in den nächsten Jahren erbringen, nachdem die aus ihnen erstellten Anlagen in Betrieb gekommen sind. Vorläufig belasten sie die Wirtschaft der Werke mit Bauzinsen. In dieser Zeit ist es verfrüht, von einer weiteren Herabsetzung der Elektrizitätstarife zu reden. Wenn aber die gegenwärtige Bauperiode zum Abschluß gekommen sein wird, dann dürfte die Zeit gekommen sein, an eine neue Ermäßigung des Strompreises heranzugehen, um immer weiteren Schichten des Proletariats die Benutzung der elektrischen Energie mit allen ihren Annehmlichkeiten zu ermöglichen.

Dr.-Ing. W. Rajerczit.

Preußens Elektrizitätswirtschaft.

Gegen private Monopole. — Bessere Stromversorgung.

Die heftigen Angriffe, die von einem Teil der bürgerlichen Presse gegen die Elektrizitätspolitik Preußens gerichtet wurden, gaben dem Handelsminister Dr. Schreiber Veranlassung, vor Vertretern der Presse die Ziele der staatlichen Elektrizitätswirtschaft darzulegen. Er wies darauf hin, daß bereits vor dem Umsturz von 1918 der Staat Preußens Energiewirtschaft getrieben und sich an privaten Unternehmungen maßgebend beteiligt habe. Das geschah unter dem Gesichtspunkt, etwaige private Monopolbestrebungen in der Energiewirtschaft zu durchkreuzen. Die Ziele der preussischen Elektrizitätspolitik sind dieselben geblieben, wie sie damals formuliert wurden. Die neuen Bestrebungen stellen keineswegs eine außergewöhnliche Expansion der Staatsinteressen dar, noch sind sie von dem Bestreben getrieben, ein staatliches Energiemonopol zu schaffen. Zu den früheren Aufgaben der staatlichen Energiewirtschaft ist jetzt der Zwang zur Rationalisierung getreten. Wir hatten vor dem Kriege über 4000, heute noch über 3000 Stromerzeugende Betriebe. In einer so großen Zahl von Unternehmungen kann natürlich die Stromerzeugung nicht rationell erfolgen. Die Rationalisierungsbestrebungen Preußens bewegen sich vor allem nach zwei Richtungen. Einmal kommt es darauf an, die drei wichtigsten Kraftquellen — Steinkohle, Braunkohle, Wasserkraft — in gleiche Nähe zur Stromerzeugung heranzuziehen, um gegen etwaige Störungen unter allen Umständen gesichert zu sein. Diesem Bestreben entspringt unter anderem die Beteiligung bei den Siemens Elektrizitätswerken. Zum anderen kommt es darauf an, die leistungsfähigen Großkraftwerke einander nahezubringen, um durch gegenseitige Hilfe und Stromausgleich die billigste und zweckmäßigste Form der Stromerzeugung zu finden. Diese Absicht war für die Beteiligung am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk maßgebend.

Der Minister konnte darauf hinweisen, daß andere Länder, wie Bayern, Baden und Thüringen, ebenso wie Sachsen in der staatlichen Stromerzeugung viel weiter gegangen sind. Die Gründung eines preussischen Elektrotrustes kommt vorläufig, da die Beteiligungen noch zu jungen Datums sind, nicht in Frage.

Unseres Erachtens bedürfte es einer derartigen Begründung der staatlichen Energiepolitik gar nicht, wenn die kapitalistische Presse sich bemüht wäre, wie sehr gerade die Stromerzeugung den monopolistischen Bestrebungen des privaten Kapitals ausgesetzt ist. Aus lauter Dividendenfurcht macht man dem Staat Vorwürfe in einer Frage, die das Schicksal des gesamten Volkes berührt. Es wird auf die Dauer gar nicht angehen, daß Preußen sich darauf beschränkt, nur die dünn besiedelten Gegenden Deutschlands mit Strom zu versorgen. Dadurch wird die Stromlieferung zu teuer, gerade für diejenigen Kreise, denen billige Stromquellen zu einer Erleichterung ihrer Produktion helfen können, insbesondere für die Landwirtschaft. Früher oder später muß es zu einem Zusammenwirken aller beteiligten Kreise kommen, um eine vorteilhafte Belieferung auch des platten Landes mit billigem Strom zu erreichen. Das wäre wirkliche Produktionspolitik, wenn auch nicht — was keiner bedauern würde — Reformpolitik. Ueberdies hat der Staat mindestens den gleichen Anspruch auf eine im Allgemeininteresse liegende wirtschaftliche Beteiligung, wie gegenwärtig private Dividendenjäger. Wenn man dem Handelsminister einen Vorwurf machen könnte, so ist es höchstens der, daß er die gesamtwirtschaftlichen Interessen bei seinem Elektrizitätsprogramm noch nicht genügend betont. Läre er das, so würde mancher Widerspruch wahrscheinlich von vornherein verfliegen.

Landmaschinenindustrie und Landwirtschaft.

Die deutsche Landmaschinenindustrie umfaßt, neben etwa 1500 kleineren Werstätten, rund 500 größere Betriebe (Fabriken) mit mehr als 60 000 Beschäftigten. Von ihrer Gesamtproduktion sind im letzten Jahre etwa 75 000 Tonnen fertiger Maschinen (gegen 90 000 Tonnen in den letzten Vorkriegsjahren) im Werte von etwa 70 Millionen Reichsmark exportiert worden, entsprechend 18 Proz. der gesamten deutschen Maschinenausfuhr; etwa 300 000 Tonnen Landmaschinen sind im Inland verkauft worden. Demgegenüber hat die Einfuhr an Landmaschinen im letzten Jahre 3700 Tonnen im Werte von 5 Millionen Reichsmark (gegen 2100 Tonnen und 3 Millionen Reichsmark im Vorjahre) betragen, und zwar hauptsächlich an Qualitätsmaschinen. Fast die gesamten deutschen Landmaschinenfabriken haben sich vor kurzem in einem Verband der deutschen Landmaschinen-Industrie e. V. (DLI) zusammengeschlossen, der dem Verein der deutschen Landmaschinenbau-

halten korporativ angegeschlossen ist und sich seinerseits wieder in drei Fachverbände (Motorpflüge und Zugmaschinen; Nähmaschinen; Milchverarbeitungsmaschinen) und 19 Fachgruppen (z. B. Säge-, Drill-, Hackmaschinen; Kartoffelkulturgeräte) gliedert. Der Zweck des Zusammenschlusses soll dabei, wie auf der am Dienstag stattgefundenen ersten Tagung des Verbandes nachdrücklich von dem Geschäftsführer des Verbandes, Ingenieur Ruhbaum, festgestellt wurde, keineswegs eine Kartell- oder Ringbildung sein, die in diesem Wirtschaftszweig auch gar nicht am Platze wäre. Seine Aufgabe ist lediglich eine allgemeine Interessenvertretung, zumal im Hinblick auf die Beeinflussung der staatlichen Wirtschaftspolitik, und die Zusammenarbeit mit der heimischen Landwirtschaft (bzw. deren Verbänden) in einer Art „Arbeitsgemeinschaft“.

Nun hat tatsächlich schon eine solche „Arbeitsgemeinschaft“ zwischen den Firmen und Gruppen der Landmaschinenindustrie und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), der führenden und tatkräftigen Wirtschaftsorganisation der Landwirtschaft, bestanden. Ferner war in der „DLI“, der „Arbeitsgemeinschaft Technik in der Landwirtschaft“ beim „Verein Deutscher Ingenieure“ bisher schon eine weitere Verbindung zwischen Technik und Landbau gegeben, wie übrigens auch durch die Tätigkeit des Reichsernährungsministeriums (Motorpflugkredit) eine Verbindung zwischen staatlicher Agrarpolitik und Maschinenindustrie. Der neugegründete Landmaschinenverband hat aber hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft weitere Ziele: er sucht, wie die Wahl des Reichslandwirtschapspräsidenten, Abg. Hepp, zum Referenten auf der ersten Tagung zeigt, jetzt auch den Anschluß an den Reichslandbund selbst. Angesichts dieser Tatsache ist es zu verstehen, daß in der bereits erwähnten Rede Ruhbaums sorgfältig die Erwähnung aller Gegenstände in der Interessenlage von Maschinenindustrie und Landwirtschaft, wie sie z. B. auf dem Gebiet der Außenhandelspolitik vorliegen, vermieden wurde. Im Gegenteil zeichnete sich die Rede, in der die natürliche Solidarität zwischen Lieferant und Abnehmer stark unterstrichen wurde, durch eine schützjollfreundliche Haltung aus. Diesen Gedanken wird man ebensowenig zustimmen können, wie der Behauptung, daß die Löhne in der Landwirtschaft gegenüber 1913 um 35—40 Proz., ihrem „inneren Werte“ (?) nach sogar um 45 Proz. (!) gestiegen seien und jetzt eine „erdrosselnde Last“ darstellten!

Gegenüber der These des Geschäftsführers Lange vom Verein der Maschinenbauanstalten, daß die „Grundlage“ der deutschen Industrie entsprechend der Kapitalkraft und Absatzmöglichkeit vermindert werden müsse, wies Ruhbaum darauf hin, daß die Landmaschinenindustrie nicht an einer überproportionalen Produktionskapazität leide, daß hier also — abgesehen von wenigen auf den Export eingestellten Großbetrieben — eine Verringerung des Produktionsapparates nicht in Frage komme. Nur die Beschäftigten würden sich beim Fortschreiten des betriebstechnischen Ausbaus (Produktion in „Fliehkraft“) vermehren, wenn auch eine völlige Übernahme der amerikanischen Produktionsmethoden angesichts des geringeren und ungleichmäßigeren Absatzes nicht möglich sei. Das Hauptproblem der Landmaschinenindustrie besteht nach Ruhbaum darin, die Kaufkraft der Abnehmer zu steigern, ohne daß er freilich hierzu neue Vorschläge machte. Die Forderung, daß sofort eine Agrarquote zur Schaffung eines landwirtschaftlichen Intensivierungsprogramms veranfaßt werden sollte, bildete den wichtigsten Programmpunkt seiner Ausführungen.

Nach dem umfassenden Referat Ruhbaums konnten die beiden folgenden Redner, Reichslandwirtschapspräsident Hepp und Professor Holdack (von den Siemens-Schuckert-Werken), kaum noch neue Gesichtspunkte herbeibringen; ihre Darlegungen bewegten sich in altvertrauten Gleisen. — Aus der Diskussion, die unter Zeitmangel III. nach besonders der Ausführungen Direktor Langes erwähnenswerter, der die Notwendigkeit einer umfassenden Schulung der Landwirte — als Voraussetzung für die richtige Verwendung der landwirtschaftlichen Konstruktionskraft beim Maschineneinsatz — hervorhob. Der diensttuende Landtagsabgeordnete Schiltan fand bereits einen so ermatzten Hörerkreis vor, daß seine „Warnung“ vor den „Gefahren“ der Maschinenmehrung aus Amerika — die amerikanische Landwirtschaft könne durch Sperrung der Erzeugnisse für Landmaschinen an die deutsche Landwirtschaft diesen unbedenklichen Konkurrenten lahmlegen! — nicht einmal mehr den verdienten Heiterkeitserfolg, sondern nur ein leichtes Schmunzeln bei den Zuhörern erweckte.

Ämtliche Mitteilungen über den inländischen Wagonbedarf.

Der Verkehrsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Dienstag, den 23. Februar, mit der Lage der deutschen Wagonindustrie. Veranlassung hat eine kommunisistische Anfrage wegen der zu erwartenden Stilllegung einer Reparaturwerkstätte der Eisenbahnen in der Nähe Berlins. Bei dieser Gelegenheit wurde nun von einem Regierungsvertreter mitgeteilt, daß bei der Reichsbahn zurzeit 130 000 Güterwagen unbenutzt stehen. Die Dichtigkeit des Verkehrs betrage gegenwärtig etwa 80 Proz. der friedensmäßigen Ziffern. Vor dem Kriege seien für ausgelastete Wagen jährlich 30 000 Waggonen neugebaut worden. Hingzu kam die ebenfalls erhebliche Zahl der Waggonen, die für die Erweiterung des Eisenbahnapparates gebaut wurden. Heute würde unter Berücksichtigung des geringeren Verkehrs der Ersatzbedarf einige 20 000 Waggonen jährlich betragen. Mit Rücksicht auf die eingangs erwähnte hohe Ziffer werde man mit einem solchen Bedarf der Reichsbahn aber erst nach 4 bis 5 Jahren rechnen können. Der Regierungsvertreter schloß weiter, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ berichtet, die volle Leistungsfähigkeit sämtlicher deutscher Waggonfabriken auf eine Produktion im Werte von rund 250 Millionen Mark jährlich. Die Aufträge der deutschen Bahnen für Erneuerungszwecke (abgesehen von den Aufträgen für die Erweiterung des Verkehrs) hätten damals einen Wert von 60 bis 80 Millionen Mark jährlich repräsentiert, d. h. sie erreichten ungefähr ein Drittel der Leistungsfähigkeit der Waggonbauanstalten. Von den jetzt zur Finanzierung von Reichsbahnaufträgen zur Verfügung zu stehenden 100 Millionen Mark wird voraussichtlich ein Betrag von 15 bis 20 Millionen Mark für Neubauten von Waggonen ausgeworfen werden. Es ist jedoch unmöglich, hierbei alle deutschen Waggonbauanstalten gleichmäßig zu berücksichtigen, da die einzelnen Fabriken in der Regel nur ganz bestimmte Typen herstellen. Inwiefern das einzelne Unternehmen mit Aufträgen bedacht werden kann, hängt also ganz von der Entscheidung über die benötigten Wagentypen ab.

MOSKEM 4

DIE BESTE CIGARETTE IN DIESER PREISLAGE!

